

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 17500.—
in den Ausgabestellen 18000.—
durch Zeitungshändler 18500.—
an Postamt 17500.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 22500 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Verlagspreis
2273. 3110.

Verl.-Abt.: Tageblatt Posen.

Postfachkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Er scheint
an allen Werttagen.

Anzeigenpreis:
i. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens ... 600.— M.
Reklameteil 2500.— M.

Für Aufträge
aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 600.— p. M.
in deutscher Währung nach Kurs. Reklameteil 2500.— p. M.

Erinnerung.

Als vor neun Jahren durch die ganze Welt die große Erregung brauste, die der Weltkrieg hervorrief, sahen die Völker der Zukunft mit Augen entgegen, deren Blick uns heute längst abhandelt kam. Wie eine wilde Woge schlang sich die nationale Begeisterung auf, und wie eine gewaltige Faust stand ein Volk. Ein Fels, an dessen Klippen die große Brandung der Weltgeschichte sich brach. Es verging nur eine kurze Frist von wenigen Wochen, und die Aussichten waren so optimistisch wie selten, seit wir Weltgeschichte kennen. Der Mut nahm nicht ab, und die Lebensfreude nahm zu. Man glaubte an ein Recht und hatte die Überzeugung, daß eine gewaltige Aufgabe zu erfüllen war, von der noch die fernsten Geschlechter zehren sollten.

Aber was ist Ruhm, was sind Namen? Wie ein böser Traum ist heute unser Dasein. Europa, das noch vor neun Jahren in Glück und sorglos lebte, Europa, das zwar erregt und sehr oft in kriegerischer Stimmung sich befand, es mußte einen Tag wünschen, in dem sich die angesammelte Kraft in irgend einer gewaltigen Probe äußerte. All unser Tun, all unsere Sorge war ein Spiel geworden. Und wenn man es heute auch nicht wahr haben will, so muß doch zugegeben sein, daß alle europäischen Völker in den großen Krieg mehr hineingetaumelt als mit Bewußtsein hineingeschritten sind. Der große Krieg war eine Machtsprobe, die mit einer gewaltigen Tragödie endete. Nach Frieden sehnte sich Europa erst, als die ersten beiden schweren Jahre hingegangen waren und beinahe hoffnungslos die Zukunft auslief. Für alle Völker Europas gilt dies, nicht nur für ein oder das andere Volk allein.

Nicht lange währte diese Resignation. Immer von neuem wurde der Geist des Krieges geschürt, und immer merklicher nahmen die Kräfte ab. Denn ungleiche Waffen führten den Kampf. Immer weiter verging die Zeit, Monat nach Monat, immer tiefer sank die Hoffnung, und schließlich blieb nur noch die Verzweiflung übrig und der Glaube an Selbsthilfe. So kam der 8. November 1918. Mit einer ebenso starken Kraft erhob sich das deutsche Volk noch einmal. Aber es war nicht mehr die Kraft des Starken, sondern die ausbrechende Verzweiflung des ermatteten Ringers, der auch die letzte Hoffnung noch in einer letzten wilden Kraftanstrengung sieht. Es war ein eigenartiges Bestreben im deutschen Volke erwacht. Das Bewußtsein an eine neue Zeit. Es ist immer ein merkwürdiger Zug im deutschen Volke, der zu allen Zeiten zu beobachten ist, solange wir deutsche Geschichte kennen, der sich immer in den Tagen der Bedrückung zeigte: dem Feind entgegenzugehen in dem Glauben, daß Selbsterniedrigung alles ausschließen könnte, was wilde Tatkraft beging. Und das deutsche Volk erniedrigte sich selbst. Es ging den Weg nach Canossa und noch mehr: es nahm den Büßersack um den Hals und glaubte Gnade zu finden in blindem Vertrauen. Aber man nahm diesen Bußgang nicht ernst in der Welt und sah unter dem Büßerhemd den eisernen Panzer, obgleich er längst im Winkel stand. Und als man auch noch den Panzer auslieferte und ganz bloß stand, ohne Waffe, nur die nackten Hände und den guten Willen, sah man immer noch nicht die wirkliche Gestalt der Lage, sondern vermutete weiterhin Gefahr über Gefahr. Darum nahmen die Gegner den Strick in beide Hände und zogen die Schlinge enger, bis nur wenig Atemfreiheit blieb, während man an Hände und Füße schwere Ketten legte. Und immer weiter glaubte man an die deutsche Gefahr, immer noch sah man in dem entblößten Büßer den Kraftmenschen, der da auszog, eine Welt von seinem Willen zu überzeugen, und der den Büßer spielte, um bei gegebener Stunde mit mächtiger Hand und mit unerschrockener Gebärde an sich zu reißen, was ihm, wie er meinte, von Rechts wegen gehörte.

Dann kam der Friede. So nannte man wenigstens jenes viele hundert Paragraphen füllende Buch, in dem nur von Gewalt und mit keinem Wort von Recht und Gerechtigkeit zu lesen war. Und dann führte man diesen Büßer hin vor die große Zahl der Mächtigen, die Waffen und moderne Machtmittel in der Hand behalten hatten, um ihn zur Unterschrift zu bewegen. Und man verlangte von ihm alles, bis nichts mehr blieb, seine Wölfe zu decken, seinen Durst zu stillen, seinen Hunger zu kürzen, denn man wollte auch noch für die Zukunft diesen Büßer schwach erhalten und abhängig und klein. Als die Hand zögerte, zu schreiben, da zeigte man ihm das blaue Schwert und drohte mit dem letzten Fieb. Nur der Selbsterhaltungstrieb hat diesen Namenszug geleistet, oder besser der Glaube, daß hier Selbsterhaltung das Gebot der Stunde sei. Und auch das war noch nicht genug. Denn der „Sieger“ wollte immer noch mehr, er wollte sogar von dem Boden, auf dem noch spärlich Beeren und Wurzeln wuchsen. Und alles wurde hingegeben. Denn einen anderen Ausweg sah man nicht.

So sah das Bild des deutschen Volkes aus. Selbst mit eigener Hand läßt es mit seinem guten Willen Selbsterfleischung. Immer wilder schlang dabei der Gegner die Geißel satyrischer Siegerfreude. Denn von Frieden war keine Spur zu sehen, und alle die Winnefänger des Friedens bargen unter dem Rod die blaue Waffe statt der lieblichen Friedensgitarre. Nun sind es fünf Jahre her, seit dieses Spiel an uns vorübergeht. Diese fünf Jahre warfen uns weit über die Zeit hinaus in ein Chaos unmenschlichen Elends und bitterster Not. Die

Die Tätigkeit des Polenbundes in Deutschland.

Es erscheint gegenwärtig am Platze, auf die Rolle der polnischen Konsulate in Deutschland hinzuweisen und auf die äußerst enge Verbindung, die zwischen diesen Konsulaten und dem „Bund der Polen in Deutschland“ besteht.

In allen Orten Deutschlands, wo Polen in einer größeren Anzahl wohnen, sind Ortsgruppen des Polenbundes gegründet worden. Sämtliche polnischen Vereine einer Ortschaft sind der Ortsgruppe des Bundes unterstellt. Jedes Mitglied erhält eine Ausweis-Karte, mit der es sich überall zu legitimieren hat. Jedes ausreisende Mitglied hat sich an den Ortsvorsitzenden zwecks Verfertigung der Ausweis-Karte zu wenden. Ausdann begibt es sich zur Erlangung einer sogenannten Bescheinigung in das Bureau des Landesverbandes. Nur auf Grund der Vorlage dieser Bescheinigung wird es vom polnischen Konsulat bei der Erteilung von Lichtvermerken, Pässen usw. berücksichtigt. Wer nicht dem Polenbunde angehört, erhält keinerlei Bescheinigung für das polnische Konsulat und kann nirgends hinfahren. (Ganz offenbar bildet also der „Bund der Polen in Deutschland“ einen „Staat im Staate“, und tut somit selbst das, was dem Deutschlandsbunde in Polen so häufig grundlos zum Vorwurf gemacht wurde. D. Schriftl.)

Aber auch sonst bestehen zwischen den einzelnen Organisationen und Vereinigungen einerseits und den polnischen Konsulaten andererseits enge Beziehungen. Fast bei allen Veranstaltungen ist das Konsulat vertreten. Andererseits nimmt das Konsulat Beschwerden der Mitglieder des Polenbundes entgegen — die durchweg deutsche Reichsangehörige sein wollen —, wenn ihnen deutscherseits angeblich ein Unrecht geschieht, um bei den deutschen Behörden vorstellig zu werden. Die polnischen Konsulate in Deutschland haben Anweisung erhalten, und ihrerseits wieder ihre Vertrauensmänner, die polnischen Obmänner, Führer usw. beauftragt, jedes Vorkommnis deutscher Willkür, Schikane, Drangsalierung, das angeblich an Polen begangen ist, auf schnellstem Wege den polnischen Behörden mitzuteilen. Man hat demnach in Polen die Absicht, durch ein solches Verfahren Material zu

sammeln, das die Unterlage bilden soll für ein längst geplantes scharfes Vorgehen gegen die Deutschen in Polen, wie es von Polens französischem Verbündeten gewünscht, von weiten christlich-polnischen Kreisen nachdrücklich verlangt und von der polnischen Regierung in der letzten Zeit auch immer willfähriger geübt wird. Es soll dabei aber jeder Schein der Willkür vermieden und der Eindruck erweckt werden, als sei Polen zu seinen Repressivmaßnahmen moralisch berechtigt.

Und mit diesem Ausbau der polnischen Organisation in Deutschland vergleiche man als Rehrseite die Tatsache, daß in Polen die lose Verbindung zwischen dem dortigen Deutschtum und den deutschen Konsulaten, z. B. unlängst in Thorn, Anlaß zu scharfen Übergriffen schuf.

Dreisigkeit eines polnischen Blattes in Deutschland

Das Allensteiner Polenblatt (Gazeta Ostyńska), das Organ des Polenbundes, schreibt in der Nummer 152 anlässlich der Ruhrbesetzung folgende unerschämte Worte: „Preußen will jemanden lehren, die Rechte und die Freiheit zu achten. Was ist Preußen und was war es eigentlich? Hannover ist geraubt, Posen ist geraubt, Westpreußen ist geraubt, Schleswig und Holstein ist geraubt, Schlesien ist geraubt, sogar in Brandenburg wohnen die Wenden. Preußen hat im eigenen Lande viel gut zu machen, ehe es anderen Völkern Moral predigt.“ Man kann es nicht verstehen, daß gegen diese Zeitung nicht eingeschritten wird, und halte daneben die zahlreichen Prozesse gegen deutsche Schriftsteller in Polen wegen viel geringfügigerer, harmloser Äußerungen.

Man denke sich einmal, ein deutsches Blatt in Polen schriebe: „Wilna ist geraubt, Weißrußland ist geraubt, Polesie ist geraubt, Wolhynien ist geraubt, Ostgalizien ist geraubt, Polnisch-Oberschlesien ist geraubt, Westpreußen ist geraubt, sogar in Warschau wohnen 30 Prozent Juden usw.“ Was würden dann wohl die Polen und die polnischen Behörden sagen und tun? Man sieht deutlich, wo in Wahrheit „Toleranz“ zu finden ist. D. Schriftl.

Ungeheures Vorgehen bei Liquidationen.

Interpellation

der Abg. Kammern und Gen. an den Herrn Ministerpräsidenten, betr. das rechtswidrige Vorgehen des Liquidationsamtes.

Wir haben wiederholt darüber klage führen müssen, daß das Liquidationsamt Liquidationen gegen Deutsche einleitet, die bisher stets als polnische Staatsbürger gegolten haben, und daß es sich für befugt hält, entgegen der allein maßgebenden Ansicht der zuständigen Behörden oder aber ohne die letztinstanzliche Entscheidung dieser Behörden abzumachen, seinerseits über die Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Dieses geschehridrige Befinden des Liquidationsamtes über das Staatsbürgerrecht bildet dann die Grundlage des schnellsten durchgeführten Liquidationsverfahrens. Auf eine unserer einschlägigen Interpellationen hat uns der Herr Ministerpräsident Siforski in seinem Schreiben vom 30. 4. 1923, Nr. 12137, ausdrücklich bestätigt, daß zur Entscheidung über das Staatsbürgerrecht ausschließlich die hierfür durch das Gesetz bestellten Behörden — Starost, Wojewode, Oberstes Verwaltungsgericht — berufen sind, mit dem Hinzufügen, daß uns hierdurch der volle Rechtsschutz gewährleistet sei.

Gleichwohl steht das Liquidationsamt sein illegales Verfahren fort und sucht die Liquidation auch weiter gerade solche Grundbesitzer durchzuführen, deren polnisches Staatsbürgerrecht bisher unbestritten war und die nunmehr nach Aufhebung ihres Staatsbürgerrechts die Entscheidung der zuständigen Behörden — Starost, Wojewode, Oberstes Verwaltungsgericht — angerufen haben. In den meisten Fällen schweben die Sachen derzeit vor dem Obersten Verwaltungsgericht, in anderen Fällen ist noch nicht einmal die Entscheidung des Wojewoden ergangen.

Auf eine persönliche Vorstellung des Mitunterzeichneten, Abgeordneten Domherrn Klink, wurde von dem Referenten des Liquidationsamtes ausdrücklich erklärt, daß das Liquidationsamt die Entscheidung, und zwar die durch kein Rechtsmittel anfecht-

bar, die in früheren Kriegen den kämpfenden Gegnern eine Selbstverständlichkeit war, in der man immer noch ein Stück verkörpeter Menschlichkeit sah, sie war vergessen. Das Faustrecht brach sich Bahn, die Lieblosigkeit verdunkelte das Licht, und der Haß sang sein grausiges Lied. Unter dem Schein des Rechtes machte der Raub und der Mord, die Bedrückung und der Eigennutz seine große Eroberung. Der Friedensengel aber stand abseits mit verhülltem Gesicht, während der Horizont noch weiter den roten Schein verglühender Feuersbrunst spie.

Auch der letzte Feuerschein ist versunken, und nur an manchen Stellen schneit der Rauch über dem großen Trümmerhaufen. Wir sind zu friedlicher Arbeit nicht gekommen. Auf den Trümmern haucht das ehemals glückliche Europa, und der Wahnsinn malt in allen Gesichtern sich wieder. Alles geistige Streben ist gestorben, und der Tanz des Wahnsinns reißt das lebende Geschlecht aus einem Taumel in den andern. Wir leben leichter unter dem Rausch der Verantwortungslosigkeit, und wir leben in den Tag hinein, ohne an eine Zukunft zu glauben. Auch die Verzweiflung kann uns nicht mehr hinreißen, wir lassen uns dahintreiben auf dem Strom der Zeit; ohne Sinn fahren wir in den Untergang hinein. Der Maelstrom treibt in immer gräßlicherem Wirbel, und wir sehen den Sturz nicht, der dicht vor unserem Auge sich darbietet. „Es ist der Fluch der Zeit, daß Tolle Blinde führen.“ so jagen die Besonnenen und klar noch Sehenden. Aber ihre Hand ist zu schwach, um noch zu reiten, was noch zu reiten wäre.

Die Lehren des großen Krieges sind an uns abgeprallt, sie haben nicht einmal unsere Haut erreicht, trotz aller Wunden. Wir sind nicht klüger geworden. Das ist der Fluch, der auf den Sterblichen lastet. Will sich ein Mann aufrichten und mit neuem Zupruch uns aufzurichten wagen, wer leistet ihm wohl noch Gehör? Und dennoch muß sich heute jeder mit

klare Entscheidung auch über das Staatsbürgerrecht, für sich in Anspruch nehmen.

Da durch eine solche Auffassung jeder Willkür gegenüber unseren deutschen Mitbürgern Tor und Tür geöffnet wird, fragen wir den Herrn Ministerpräsidenten an:

Ist der Herr Ministerpräsident bereit, Vorzüge zu treffen, daß sofort alle schwebenden Liquidationen bis zur endgültigen Entscheidung über das Staatsbürgerrecht der Betroffenen durch das Oberste Verwaltungsgericht eingestellt werden?

Wir führen als besonders dringende Fälle an: v. Graf, v. Strebenski, v. Schend, Frau v. Baudien, v. Kahr, v. Bog, Frau Kunkel, v. Wagnus, Frä. Hedwig Kame, v. Falkenhahn, Dlugos, Graf Finckstein.*

Warschau, den 31. Juli 1923.

Die Interpellanten.

*) In demselben Falle wandten wir uns mit Schreiben vom 13. 2. d. J. an den Herrn Ministerpräsidenten, mit einer Interpellation vom 13. 4. an die Regierung und mit einem Schreiben des Vorstehenden unserer Fraktion vom 28. 6. an den Herrn Ministerpräsidenten. Auf alle diese sowie andere Interventionen in derselben Angelegenheit haben wir bisher keine Antwort erhalten.

Die Großmächte und die Jaworzynafrage.

Der Vertreter der halbamtlichen „Gazeta Warszawska“ meldet aus Paris in der Jaworzynafrage: Die Großmächte haben folgende Haltung eingenommen: Großbritannien und Italien unterstützen den polnischen Standpunkt, beabsichtigen jedoch nicht die Initiative in dieser Sache vor dem Völkerbund zu ergreifen. Frankreich steht auf dem Standpunkt, daß es ihm aus politischen Gründen schwer sei, sich nur für eine der zwei Theisen, der Zugehörigkeit zu Polen oder der Tschecoslowakei, zu entscheiden. (Also wäre das beste „Internationalisierung“ dieses Gebirgsdorfes, in dem sich dann wohl bald eine Spielbank einrichten würde. D. Schriftl.) Aus diesem Grunde wird beabsichtigt, die Angelegenheit vor den Völkerbund zu bringen, dessen Entscheidung sich dann der Völkerbund zu eigen machen würde.

aller Gewalt zur Besonnenheit zwingen, dennoch muß der Glaube an die Kraft des Menschen wieder gefunden werden, weil wir ja schließlich doch zu dem Geschlechte der Erde gehören, das aus dem Dunkeln ins Helle strebt. Noch ist das Menschenleben nicht viel wert, aber langsam geht doch die Ahnung durch die Welt, daß das Leben schließlich etwas Heiliges und das Wichtigste ist. Wir tragen nicht umsonst den Stempel des Menschen auf der Stirn, und nicht umsonst warb in unsere Seele die Glaubenskraft gepflanzt, daß wir doch noch werden erkennen müssen, was wir zu tun haben, um unsere menschlichen Rechte zu erhärten.

Dagegen kann keine Ruhrbesetzung und kein Gewaltstreik etwas tun. Wir werden noch aus einem Taumel in den anderen gerissen aus einer Verzweiflung in die andere gestürzt. Doch es ist nicht das Ende aller Tage gekommen und sei der Morgen, der uns zu unserer Aufgabe führt, noch so weit.

Als in Versailles der große Vertrag unterzeichnet worden war, da blickte die „Siegerwelt“ auf ihre große Tat und wollte es nicht wahr haben, daß diese letzten Jahre des großen Kampfes nur Besiegte hineinstellte in dieses Dasein. Vernunft und Entgegenkommen war eine Phrase geworden, und nur im Rausch des Tages, in der weiteren Ausübung der Gewalt sah die Welt das Glück und die Aufgabe der Zeit. Wir haben uns um viele glückliche und freie Stunden gebracht, wir haben schließlich den Glauben an uns selbst verloren. Aber wir werden ihn wieder gewinnen, sei es früher oder später. Mit Behmut blickt der Weise in die Vergangenheit. Was sie uns brachte war Mühsal und Beschwerde. Die Zukunft ist neblig und dunkel. Der Sturm treibt in großen Felsen die Wolken vor sich her. Und nur ab und zu blickt durch das jagende Gewölk der Stern der Vernunft. Die Finsternis wird weichen! Wir glauben daran! Wir wissen das! Trotz allem...

Der Fall Dlugos.

Um in dem sattem bekannten Falle Dlugos dem Recht endlich Geltung zu verschaffen, hat sich die deutsche Sejmfraktion veranlaßt gesehen, dem Herrn Ministerpräsidenten das nachstehende Schreiben zu überreichen:

Herr Wilhelm Dlugos aus Sarnowo, Kreis Rawitsch, lebt seit dem Jahre 1887 innerhalb der Grenzen des heutigen Polen, insbesondere hatte er seinen Wohnsitz innerhalb Polens auch am 10. 1. 1920. Er ist also zweifellos polnischer Staatsbürger gemäß Art. 91 des Friedensvertrages. Die Tatsache, daß Herr Dlugos in den Jahren 1917-1919 außerhalb der heutigen Landesgrenze lebte, beeinflusst seine Staatsangehörigkeit in keiner Weise, denn Herr Dlugos hat eben nicht seinen Wohnsitz erst nach dem 1. 1. 1908 nach Polen verlegt, sondern er hatte ihn dort vor, und zwar lange vor diesem Zeitpunkt. Herr Dlugos ist daher auch stets von allen zuständigen Behörden als polnischer Staatsbürger angesehen worden. Er hat durch alle die Jahre einen Wohnsitz als Pole, einen polnischen Paß, und er hat unbeanstandet an den Wahlen zum Sejm und Senat teilgenommen. Jetzt wird ihm plötzlich sein Staatsbürgerrecht bestritten. Herr Dlugos hat gegen die betreffende Verfügung des Starosten in Rawitsch Beschwerde erhoben, und es wird nunmehr der Wojewode und in letzter Instanz das Tribunal Rawitsch über sein Staatsbürgerrecht zu entscheiden haben. Obwohl also Herr Dlugos einstweilen noch polnischer Staatsbürger ist und es nach dem vorher Gesagten als ausgeschlossen gelten muß, daß ihm das polnische Staatsbürgerrecht abgezogen wird, hat das Liquidationsamt in Posen verfügt, daß kein 800 Hektar großes Gut Sarnowo liquidiert wird, und es hat die Aufnahme des Liquidationsbeschlusses im Monitor Polski verfügt. Wir müssen auch in diesem Falle gegen das eigenmächtige Vorgehen des Liquidationsamtes scharfsten Einspruch erheben, und das um so mehr, als das Vorgehen des Liquidationsamtes ganz offensichtlich nur die großen Ungelegenheiten und die außerordentlich schweren Vermögensschädigungen vermeiden soll, die der Urząd Ziemiński in der Vorzeit Herrn Dlugos zugefügt hat.

Darüber folgende Daten:

Im Jahre 1920 wollte Herr Dlugos sein Gut verkaufen. Der Verkauf wurde von der Genehmigung des Urząd Ziemiński abhängig gemacht. Diese Genehmigung wurde verweigert. Der Käufer hatte sich in diesem Falle einer polnischen Firma gegenüber zur Versicherung erheblicher Folgen aus dem Sarnowoer Gut 200 Hektar großen Wald verpflichtet. Um diese Versicherung realisieren zu können, hat er sich im Verein mit der polnischen Firma hinter den Urząd Ziemiński gestellt. Dieser machte ohne die Spur eines Rechtstitels das Vorausrecht auf Sarnowo geltend. Eine Eintragung dieses Vorausrechtes im Grundbuch erfolgte nicht und konnte nicht erfolgen, da es an jeder Unterlage zur Geltendmachung eines solchen Rechtes fehlte. Gleichwohl ordnete der Urząd Ziemiński die Zwangsverwaltung des Gutes an. Der Zwangsverwalter begann seine Tätigkeit damit, den Wald abzuholzen. Zunächst wurde durch Eingreifen des Starosten der Einschlag gesperrt, dann aber mit verstärkten Kräften wieder fortgesetzt. Herr D. erwirkte eine einstweilige richterliche Verfügung auf Einstellung des Einschlages und ein obliegenes richterliches Urteil, das den Urząd Ziemiński und die polnische Firma zum Schadenersatz verurteilte. Nach etwa acht Tagen wurde gleichwohl der Einschlag fortgesetzt. Die Klage ging weiter, und der Prozeß wurde schließlich auch in höchster Instanz vom Tribunal Sąd in Warschau zugunsten des Herrn D. entschieden. Inzwischen waren aber ca. 850 Morgen Schuttwald (ca. 16 000 Festmeter) abgetrieben und weggeschafft. Für diese gewaltigen Werte hat Herr D. keinen Pfennig Entschädigung erhalten! Jedesmal, wenn der Prozeß in einer Instanz sich dem Ende zuneigte, wurde die Zwangsverwaltung wieder aufgehoben, und Herr D. kam dann in eine vollkommen debastrierte Wirtschaft zurück. Um Herrn D. wirtschaftlich zu ruinieren, hat die Zwangsverwaltung sowohl im Frühjahr 1921 wie auch 1922 die von ihr selbst bestellten Winterfrachten wieder umgepflegt. Im Frühjahr 1921 waren es 200 Morgen Roggen, im Frühjahr 1922 95 Morgen Weizen. Auch im übrigen war die gesamte Zwangsverwaltung auf die absichtliche Debasierung der Wirtschaft eingestellt. So wurden 1920 ca. 3700 Zentner Stroh zu dem damals lächerlich geringen Preise von 27 Mt. pro Zentner verkauft. Trotz dieser schweren Eingriffe in die Substanz des Gutes sind Herrn D. nicht die geringsten Einnahmen zugeführt worden.

Im ganzen ist Herr D. dreimal innerhalb dreier Jahre — stets zur Einnahme — aus der Wirtschaft herausgerissen worden, jedesmal wenn er wieder herausgelassen wurde, fand er ein debastiertes und ausverkauftes Objekt vor, das er von neuem herbeigen mußte, wenn er es eben wieder komplettiert hatte. Die Prozesse hat Herr D. gewonnen, der polnische Staat ist zur Herausgabe des Gutes und zum Schadenersatz kostenpflichtig verurteilt worden. Der Schaden beläuft sich auf 384 000 Goldmark.

Eine Zahlung ist indeß nicht erfolgt. Sinequid non kommt, um Herrn D. nicht nur um seine Existenz, sondern auch um die Realisierung der Ansprüche aus der Vorzeit zu bringen, der Liquidationsbeschluss in Verbindung mit der Angewiesung seines polnischen Staatsbürgerrechts!

Wir erheben gegen dieses geradezu ungeheuerliche, jedem Rechtsgefühl und jeder Kultur höhnepredigende Verfahren den allerdringlichsten Einspruch und bitten Sie, Herr Ministerpräsident, inständigst, die sofortige Einstellung der Liquidation zu verfügen und zugleich anzuordnen, daß Herrn D. der ihm zugefügte Schaden umgehend voll ersetzt wird.

Wir dürfen ergebenst bitten, uns über das Veranlaßte in einigen Tagen Mitteilung zu machen.

Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat.

Republik Polen.

Gegenseitigkeit in der Behandlung der deutschen und polnischen Pressevertreter.

„Agacoposolia“ meldet, daß die Antwort der deutschen Regierung bezüglich Behandlung der polnischen Pressevertreter in Deutschland insofern ungünstig ausgefallen ist, als bei aller Anerkennung, daß die polnischen Vertreter mit den übrigen Auslandsvertretern gleich behandelt werden sollen, Polen nicht jene Rechte zuerkannt seien, die die deutschen Journalisten in Polen genießen. Wie das Blatt meldet, soll nunmehr das Verhältnis gegenüber den deutschen Pressevertretern in Polen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit aufgebaut werden.

Westmarkenhege.

In Bogutsh, Wojewodschaft Schlesien, fand Ende Juli eine Versammlung des Westmarkenvereins (O. R. Z.) statt, bei der sich eine lebhafte Debatte über die Bekämpfung des Deutschtums entwickelte. Die Abwesenheit jeglicher „Toleranz“ bei den polnischen Gebrauchsministern, die den Deutschen die Freiheit, ihre Sprache und Kultur zu pflegen, im Widerspruch zur Verfassung nicht gönnen wollen, trat auch hier deutlich zutage.

Nach einem Bericht des „Goniec Słaski“ hat die Nachricht von dem Abkommen betreffend die Minderheitsschulen zugunsten der Deutschen große Empörung hervorgerufen. Der zweite wurde Punkt, so sagten die Gelehrten, der sehr schmerzhaft auf unser soziales Leben einwirkt, ist der, daß man die deutschen Kräfte auf dem allen Polken belächelt. Und was überhaupt kein Mensch mehr verstehen kann, ist das, daß man bei den Kommunalämtern andere Leute einstellt, die die polnische Sprache nicht beherrschen und der polnischen Sache gegenüber feindselig gesinnt sind.

Was unsere Bevölkerung denkt und fühlt, so sagt der „Goniec Słaski“, charakterisiert am besten folgende einstimmig gefasste Resolution: 1. Die Versammelten protestieren energig gegen die Errichtung von Minderheitsschulen in Gemeinden, in denen es nicht erforderlich ist und deren Bevölkerung sich dies nicht wünscht.

geübt wird, die für ihre Kinder deutschen Unterricht wünschen. D. Schriftl.) Unsere Regierung wird ersucht, erst dann in gleichem Maße an die Errichtung von Minderheitsschulen zu schreiten, wenn im deutschen Teil Oberschlesiens die Forderungen der polnischen Bevölkerung berücksichtigt werden. 2. Die Versammelten fordern die Versekung aller deutschen Lehrer, die aus den polnischen Dörfern stammen und schon früher in diesen Dörfern tätig waren. (Also bodenständige Elemente sollen von ihrem langjährigen Wirkungskreis entfernt werden, weil es den Hebern beliebt. D. Schriftl.) Dies wird mit ihrer schädlichen Tätigkeit für die Entwicklung des polnischen Lebens begründet. 3. Die Versammelten fordern entschieden die Entfernung aller derjenigen Lehrkräfte, die sich mit der politischen Agitation zugunsten Deutschlands befassen. Um das nationale Bewußtsein in den Reihen der Beamten zu stärken, das die Grundlage der Existenz des Staates ist, fordern wir: a) daß jeder neuangestellte oder neuernannte sowohl staatliche als auch kommunalbeamte im Gebiet der Wojewodschaft Schlesien die polnische Sprache in Wort und Schrift perfekt beherrscht; b) daß jeder ein deklarierter Pole ist.

Eine neue Sparmethode festgelegt.

Am Mittwoch fand die erste Sitzung des Sparausschusses statt. An der Sitzung nahm auch der Sparkommissar Moskalewski teil. Man legte den allgemeinen Aktionsplan fest und vereinbarte die Methoden des Verfahrens.

Das Ansiedlungsgesetz.

In der Donnerstagsitzung des Ministerrates wurde über den vom Agrarreformministerium eingebrachten Gesetzentwurf über die Aufteilung und Ansiedlung eingehend beraten. Der Ministerrat nahm den Entwurf an.

Die Nationale Arbeitspartei gegen die Regierung.

Am Donnerstag berieten einzelne Parteien über die Lage im Sejm. Die Nationale Arbeiterpartei beschloß, sich gegen das Haushaltsprovisorium zu erklären.

Die Anerkennung der französischen Extremen für die gegenwärtige polnische Regierung.

In der Pariser „Action Française“, dem Organ der äußersten Chauvinisten und der Monarchisten, finden sich im Zusammenhang mit den gegenwärtigen internationalen Verwicklungen folgende Erwägungen über die Verbündeten, auf die Frankreich und Belgien rechnen können:

Die Haltung auf tschechischer Seite kennzeichnet sich offenbar durch vorsichtige Abwarten. Die Reife des Außenministers Beneš nach den Hauptstädten erinnert an die diplomatischen Exkursionen von Männern aus Wien nach dem Westen in der Zeit zwischen 1867 und 1870. Man fühlt in Tschechien, daß der Konflikt naht, aber man möchte sich dort erst nach dem endgültigen Sieg aussprechen, den man vielleicht wünscht, zu dem man aber wegen Mangels an Entscheidung und Entschlußkraft nicht beitragen kann.

Auf polnischer Seite hat man uns im Gegenteil vor einigen Tagen deutliche und offene Zusicherungen gegeben. Nicht genug wurde in Frankreich der wirklich französische Sieg betont, den dort die Rechtsparteien davontrugen. Die früheren Nationaldemokraten haben durch ihr Bündnis mit der Volkspartei das Land aus der in jeder Beziehung gefährlichen Krise herausgezogen. (Wichtig? Man merkt nichts davon. D. Schriftl.) Marschall Pilsudski, den die „Voss. Ztg.“ vom 14. Juli wegen der Befreiung des polnischen Heeres von den französischen Generalen pries, gab in einander folgenden Rücktritten die Staats- und Heeresleitung auf. Mit aufrichtigem Vertrauen können wir das Versprechen aufnehmen, das einer der Führer der Mehrheit im Sejm, Herr Stan. Stroński, in Gegenwart unseres Gesandten in Warschau bei der Fete des 14. Juli gab. (Es folgt ein längeres Zitat aus einer Rede Stroński.)

„Also an der Wende ein positiver Wert, schätzbarer als die Nebel, die bald verweht, bald dichter, sich uns an der Themse zeigen.“ — Wie muß den polnischen Hyperpatrioten das Herz schwellen, wenn sie hier sogar den englischen Bundesbrüdern vorgezogen werden. Nach dieser Vorrede können die Franzosen aber auch mit unfehlbarer Sicherheit auf ihre Freunde „rechnen“. Wir sind gespannt, wann es losgehen wird. Die Schriftl.

Eine Antwort des Innenministers.

Von der Sejmfraktion wird uns mitgeteilt: Am 4. Juli erhielt die Fraktion von dem Herrn Ministerpräsidenten die schriftliche Mitteilung, daß er die in einer vorausgegangenen Besprechung berührten Angelegenheiten dem Innenminister Dr. Pier-nitz mit der Bitte um wohlwollende Behandlung überwiesen hätte. Wir hatten geglaubt, daß nun endlich einmal wenigstens einige der von uns vorgetragenen Beschwerden in dem von uns gewünschten Sinne erledigt werden würden. Die erst heute von dem Minister des Innern bei uns eingegangene Entscheidung zeigt uns leider, daß wir uns wieder einmal bitter getäuscht haben. Die Entscheidung hat zum Gegenstande die Fälle Jahnentz, Lemke und Koerber. Wir lassen sie nachstehend im Wortlaute folgen:

Bzüglich Artur Jahnentz.

Der Genannte ist estnischer Staatsbürger. Das beweist u. a. die Tatsache, daß sich zu seinem Schutze der estnische Gesandte in Warschau verwendet hat. Als lästiger Ausländer wurde er durch den Pommerellischen Wojewoden aufgefordert, die Grenzen des polnischen Staates auf Grund § 10, II, 17 des Allgemeinen Landrechts vom Jahre 1794 zu verlassen.

Die Entscheidung des Pommerellischen Wojewoden wurde durch das Innenministerium im Einverständnis mit dem Außenministerium bestätigt. Art. 4 des Gesetzes über das Oberste Verwaltungsgericht legt den Verwaltungsbehörden nicht die Pflicht auf, die Durchführung ihrer Entscheidung aufzuhalten, vielmehr berechtigt er allein das Oberste Verwaltungsgericht, die Ausführung von Anordnungen der Verwaltungsbehörden aufzuhalten. Da die Verwaltungsbehörden in der Ausweisungsangelegenheit des Jahnentz keinerlei Weisung des Obersten Verwaltungsgerichts erhalten haben, ist die Behauptung der Interpellanten unbegründet, die Verwaltungsbehörden wären gehalten gewesen, die Ausweisung des Jahnentz bis zur Entscheidung seiner Staatsangehörigkeit durch das Oberste Verwaltungsgericht aufzuhalten.

Die Behauptung der Interpellanten, Artur Jahnentz wäre dadurch polnischer Staatsbürger geworden, daß er im polnischen Schuldienst angestellt war und daß er den vorgeschriebenen Dienst leistet, entbehrt der Unterlage, denn, da Jahnentz nur als vorübergehende Hilfskraft angestellt war, hat er nicht das polnische Staatsbürgerrecht auf Grund der Art. 4 und 5 des Gesetzes vom 20. Januar 1920 erworben.

Bzüglich Käthe Lemke.

Die Genannte ist deutsche Staatsbürgerin; das ist weder durch sie selbst, noch auch durch ihren Bräutigam jemals bestritten worden. Sie war nach Polen auf Grund eines Visums gekommen, später hat ihre Verwaltungsbehörde mit Rücksicht auf die öffentliche Ordnung und Sicherheit das Recht zum weiteren Aufenthalt in Polen verboten, daher war sie verpflichtet, Polen zu verlassen.

Zur Beurteilung des Rufens oder des Schadens des Aufenthalts der einzelnen Fremden im polnischen Staate sind die mit unterstellten Organe berufen. Deswegen kann die Meinungs- äusserung der Landwirtschaftskammer in Thorn für

den Pommerellischen Wojewoden nicht maßgebend sein, der allein für die öffentliche Ordnung und Sicherheit in dem ihm unterstellten Gebiete verantwortlich ist. Das internationale Gewohnheitsrecht hat den Grundpaß aufgestellt und das Recht, sich mit der Auffassung der Staatsouveränität, daß kein Staat verpflichtet ist, innerhalb seines Gebietes solche Fremdstämmigen zu dulden, die sich für die Ordnung und Sicherheit des Staates schädlich erweisen.

Bzüglich der Person Koerber.

Die Beschwerde des Dr. Koerber über das ihm gegenüber beobachtete Verhalten der Verwaltungsbehörden hat das Innenministerium zum Anlaß genommen, vom Pommerellischen Wojewoden Aufklärung und Berichterstattung einzufordern. Die Einzelheiten des Verhaltens der Verwaltungsbehörden sind noch nicht bekannt. Nach den vorliegenden Daten wurde Koerber als Gutshorhefer befristet, weil er nicht die Obliegenheiten seiner Dienstverpflichtungen erfüllte. Im besonderen, weil er nicht ordnungsmäßig die Meleregister geführt hat, insofern, als er die aus Deutschland nach Neu-Jankowice gekommenen Fremden nicht eintrug und ihnen dadurch den illegalen Aufenthalt in Polen ermöglichte.

Bei diesem Stande der Angelegenheit kann ich nicht anerkennen, daß die Anordnungen des Starosten in Graudenz mit den maßgeblichen Rechtsvorschriften im Widerspruch stehen.

Wir bemerken zu dieser Antwort:

1. Fall Jahnentz: Davon, daß Herr Jahnentz ursprünglich estnischer Staatsbürger war, sind wir selbst in unserer Interpellation ausgegangen. Der estnische Gesandte in Warschau war aber ebenso wie wir der Ansicht, daß Jahnentz das estnische Staatsbürgerrecht durch seinen Eintritt in den polnischen öffentlichen Schuldienst verloren hatte. Tatsache ist, und darauf hatten wir in unserer Interpellation hingewiesen, daß Jahnentz im öffentlichen Schuldienst angestellt war und daß er den Amtseid geleistet hatte, dessen Schwurworte lauten: „desse guter Staatsbürger ich stets sein werde“. Jahnentz hatte beim Starosten in Graudenz den Antrag auf Anerkennung seiner polnischen Staatsangehörigkeit gestellt. Auf den ablehnenden Bescheid des Starosten hatte er sich beschwerdeführend an den Wojewoden gewandt. Nach Art. 4 des Gesetzes über das Oberste Verwaltungsgericht ist nicht nur dieses, sondern gerade auch der Wojewode gehalten, die Durchführung von Maßnahmen auszuführen, die der Entscheidung in der Hauptsache (hier Entscheidung über das Staatsbürgerrecht) vorgehen. Es erscheint doch ganz unangehörlich, daß jemand, über dessen Staatsbürgerrecht erst die zuständige Behörde befinden soll, kurzerhand verhaftet und über die Grenze gebracht wird. Bei einer derartigen Praxis kann eben jeder von uns jeden Augenblick festgenommen und über die Grenze geschafft werden. Das Innenministerium hatte seinerzeit auf unsere Intervention ein Eingreifen zugunsten von Herrn Jahnentz zugesagt, jetzt erst hören wir zum ersten Male, daß das Innenministerium sowie auch das Außenministerium die Ausweisungsverfügung des Wojewoden ausdrücklich gebilligt hätten. Wodurch der 65jährige Herr Jahnentz lemtig gefallen sein soll, ist schlechterdings unerfindlich.

2. Fall Lemke: Fräulein Lemke war seit Jahren als eigens für diesen Beruf vorgebildete Assistentin in der Saatgutwirtschaft von Herrn von Koerber angestellt und erfreute sich der besonderen Wertschätzung der Pommerellischen Landwirtschaftskammer. Daß die Dame die Ordnung und Sicherheit des polnischen Staats gefährdet haben sollte, wird doch wohl der Herr Minister Dr. Pier-nitz selbst nicht wahr haben wollen.

3. Fall Koerber. Bislang war Herr von Koerber nichts darüber mitgeteilt, daß seine Amtsführung als Gutshorhefer zu Beanstandungen Veranlassung gegeben hätte. Wir hatten in unserer Interpellation darauf aufmerksam gemacht, daß er nur im Wege eines Disziplinarverfahrens seines Amtes hätte entsetzt werden dürfen.

Nach diesen Daten erscheint eine Kritik der uns durch den Herrn Minister Dr. Pier-nitz zuteil gewordenen Antwort überflüssig.

Aus der polnischen Presse.

Indes Rede als ein Schritt nach vorwärts.

Die „Gazeta Warszawska“ kommentiert in einem Leitartikel, der den Titel „Ein Schritt nach vorwärts“ trägt, die Programmrede des Finanzministers Vinde, die sie als einen Fortschritt in der weiteren Arbeit an der Sanierung der Finanzen ansieht, weil sich die Rede sowohl hinsichtlich des tatsächlichen Standes, als auch der Projekte für die Zukunft „durch unbedingten Realismus“ ausgezeichnet habe. Das Blatt erklärt weiter, daß die Aufgabe der Sanierung der Staatsfinanzen eine wirtschaftliche Aufgabe und keine philosophisch-ökonomische sei. Es ginge in weit größerem Maße um den Willen und den gesunden Verstand, als um Geist und neue Konzepte. Die „Gazeta Warszawska“ bringt dem Finanzminister Vinde Anerkennung entgegen, weil er den Weg der Erfindungen vermieden und das Problem der Sanierung der Finanzen real aufgefaßt habe. Außerdem betont das Warschauer Blatt den Mangel an Realismus in der Rede des Ministers, obwohl der Minister sich bemüht habe, die gegenwärtige Finanzlage weder zu verschönern, noch die schlechten Seiten zu verdecken. Die Regierung sei weit davon entfernt, den Weg neuer Konzeptionen und Pläne zu beschreiten. Sie werde den bestimmten Weg organischer Sanierung der Finanzen gehen. (In einer Rede schon einen Schritt nach vorwärts zu erblicken, scheint uns das Gegenteil von Realismus. D. Schriftl.)

Ueber das Verhältnis der Baltischen Staaten zu Polen

äußert sich Laddeus Solowko, einer der hervorragenden polnisch-sozialistischen Publizisten, im „Robotnik“:

Solowko hat eine Reise durch Estland gemacht und festgestellt, daß sich in den baltischen Staaten der Einfluß Polens verringere, und zwar deshalb, weil Polen keine klare Außenpolitik treibe, so daß die baltischen Politiker einfach nicht wüßten, was man in Polen wolle. Zudem hätten die innerpolitischen Kämpfe in Polen das Vertrauen zu ihm untergraben, und die Ermordung seines ersten Präsidenten habe einen düsteren Schatten auf das Land geworfen. Durch das polnisch-französische Bündnis sei man in den baltischen Staaten angestrandet. Man befürchte, durch ein engeres Bündnis mit Polen in einen Krieg mit Deutschland und Rußland hineingezogen zu werden. Andererseits fürchte man, daß gerade unter dem jetzigen Regime Sepsas Polen auf das Kommando Frankreichs die baltischen Staaten fallen lassen werde, sobald Rußland gegen dieselben eine aggressive Haltung annehme, denn Frankreich suche eine Annäherung an Rußland. Alles in allem glaube man von Polen nicht, daß es eine selbständige Politik führe.

Im übrigen treibe Deutschland eine ausgezeichnete Propaganda in den baltischen Staaten. Von den baltischen Politikern und Journalisten, selbst von Scandinavianern, werde Polen der Ländereigentümer bezichtigt, und es sei schwer, ihnen dies auszureden. Wolle Polen sich Pommerellen erhalten und in Danzig Herr bleiben, so müsse es am Ufer der Ostsee eine starke Barriere zwischen Rußland und Deutschland errichten. Estland und Lettland sähen jedoch, daß Polen nicht die Kraft habe, diese Barriere zu erhalten, und suchten jetzt Anlehnung an Litauen.

Solowko verlangt nun, daß die polnischen Interessen in Memel und auf dem Memelfluß durch Vertretung mit Litauen wahrgenommen würden. (Daß sich dieser Wunsch in absehbarer Zeit verwirklicht, ist bei der Geistesrichtung unserer Chauvinisten ausgeschlossen. Die Schriftl.) Denn ohne Litauen sei ein baltischer Staatenbund unmöglich, und ohne Polen sei er ständig der Gefahr ausgesetzt, gegenüber Deutschlands oder Ruß-

lands liquidiert zu werden, was für Polen einen schrecklichen Schlag bedeuten würde.

Das Begleichen Seyda von der Rigaer Konferenz ist zweifellos nicht ohne Einfluß auf eine Verstärkung der geschwächten baltischen Gebirgsgegenden geblieben. Man nimmt in den Randstaaten an, daß Seyda die Rigaer Konferenz sabotiert und damit den neuen Kurs der polnischen Außenpolitik gegenüber den baltischen Staaten kundgetan habe. „Robinson“ sagt im Leitartikel vom 17. Juli, die Nationaldemokraten hätten nie große Sympathien für die baltischen Staaten gehabt, die ihnen „zu klein“ waren für ihren großstaatlichen Größenwahn und zu unbequem für ihre rassenfreundliche Orientierung. Daher stößt man auch Vitonen ab, um zu verstehen zu geben, daß Polen das Bündnis mit den baltischen Staaten nur als ein vorübergehendes ansieht. Diese litauische Lüge, durch die ein Zusammengehen Polens mit den baltischen Staaten unmöglich ist, bedeutet für die Nationaldemokraten das Fensterchen, durch welches sie nach einem künftigen Ausbruch aus der Nationaldemokratie träumen von einer Eroberung Ostpreußens, eine Verständigung mit Litauen ist für sie „ein kindliches Geschwätz“, wie die „Gazeta Warszawska“ feststellt. (Diese chauvinistischen Politiker werden Polen noch in Grund und Boden „regieren“.)

Gehe gegen die deutschen Industriebeamten in Oberschlesien.

Der „Posa“ schreibt in einem mit „Deutsche Beamten in der Industrie“ betitelten Leitartikel vom 20. v. Mts.: In der Großindustrie unserer Wojewodschaft hat sich seit der Übernahme eines Teiles Oberschlesiens durch Polen nicht viel geändert. Hier und da ist wohl ein polnischer Beamter angenommen worden, aber sonst ist alles beim Alten geblieben. Ganz besonders betrifft dies die Großindustrie, die sich, wie bekannt, zum größten Teil in deutschen Händen befindet. Die letzten Tage haben uns gezeigt, daß sich der Einfluß dieser deutschen Industriebarone nicht vermindert, sondern im Gegenteil sogar vergrößert hat, da sich zu diesen deutschen und tschechischen Ausländern der ungekrönte König Deutschlands, der vielfache Willkür Stinnes, zugesellt hat.

Wir machen wiederholt in unseren Blättern auf die Gefahr aufmerksam, die unserer Industrie durch den ständigen neuen Zustrom von Kapitalien und deutsch-österreichischen Kapitalisten droht. Und dies ist nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht festzustellen. Die Deutschen, die es sehen, daß ihr wirtschaftlicher Einfluß durch die Beherrschung der Industrie in der Wojewodschaft immer größer wird, beginnen, wie aus letzter Zeit bekannt ist, die Erfüllung von vermeintlichen politischen Rechten zu fordern, wofür ihre Forderungen in der Frage der Minderheitschulen um ein Beweis sind. Und die Geschichte lehrt, daß jede wirtschaftliche Eroberung eines Landes durch Ausländer zur Vertiefung ihrer Einflüsse im politischen Leben führt. Es helfen auch nicht die verschiedenen Schreie und Proteste, wenn der Staat selbst, und vor allem die Regierung sich nicht dahin bemühen, den Zustrom fremden Kapitals, sofern dies nicht im Interesse des Staates für seine eigene Industrie liegt, zu verhindern. Zu den Fällen Pösel, Unionwerke, Weichmann und Stinnes hat die Zentralregierung keine Stellung genommen. Wir müssen also mit der Tatsache rechnen, daß der wirtschaftliche Einfluß der Deutschen und Tschechen in der Industrie der Wojewodschaft immer stärker wird und daß die politischen Einflüsse des Deutschen Volksbundes für uns Polen sich immer mehr bemerkbar machen werden. Auf jeden Fall muß die polnische Allgemeinheit und das ganze polnische Volk für die Gefahr, die uns auf Grund dieses Sachverhalts droht, die Augen offen halten.

Eingangs sagten wir, daß sich in der Großindustrie, die sich in deutschen Händen befindet, nicht viel geändert hat, daß hier und da wohl ein polnischer Beamter angenommen worden, im übrigen aber alles beim Alten geblieben ist. Man muß diese wenigen polnischen Beamten fragen, wie sich die Einflüsse der deutschen Beamten heute geltend machen und wie sich einzelne Unternehmen mit ihnen und ihren gegen die Annahme von Polen als Beamte wehren. Es ist sogar ein solcher Fall vorgekommen, daß ein gewisser Beamter, der in der Weichmann-Zeit einen bekannten Ruf nach Namen eines gewissen Industrieunternehmens unterschrieben hat, dafür verfolgt und schließlich auf die Straße hinausgeworfen wurde. Dies ist einem polnischen Beamten im polnischen Teil Oberschlesiens geschehen. Und noch heute stellen die Industrieunternehmen, die sich in Händen deutscher befinden, Beamte aus dem Innern Deutschlands ein, anstatt polnische Beamte zu engagieren.

Die Zertrümmerer des Kopparbeiterverbandes der polnischen Berufsvereinigungen Lubos & Co. befachten sich mit verschiedenen Sachen, aber sie konnten nicht den Zustand von Beamten aus dem Innern Deutschlands nach der hiesigen Großindustrie verhindern. Und dies war ihre Pflicht, dafür zu sorgen, daß auf die Kosten der zurücktretenden deutschen Beamten nicht solche aus dem Innern Deutschlands, sondern polnische Beamte eingesetzt wurden. Obige Tatsachen mögen für unsere Kopparbeiter der J. J. R. eine Lehre sein, wie sie sich im eigenen Interesse zu verhalten haben. Durch eine starke Organisation kann man alles erreichen, und darum ist es die Pflicht eines jeden polnischen Beamten, der in der Schwerindustrie beschäftigt ist, die Reichen seines Verbandes zu stoßen und die Zertrümmerer der Beamtenbewegung Lubos & Co. zu fliehen. Zum Schluss fragen wir, was zu diesem Ignorieren des Potentums und zu der Annahme deutscher Beamten in Industrieunternehmen der Wojewodschaft unsere Behörden sagen.

Die Ergebnisse von Sinaja.

In den diplomatischen Kreisen Roms werden die Ergebnisse der Konferenz von Sinaja ziemlich unerheblich genannt. Der Beitritt Polens zur Kleinen Entente bleibe nach wie vor problematisch; gegenüber Ungarn habe sich eine Schwächung der Kleinen Entente vollzogen, die sich sogar der Aktion der großen Entente zur wirtschaftlichen Rettung Ungarns anschließen wolle. Was Bulgarien angeht, erkennt die Kleine Entente den jüngsten Umsturz als eine rein innere Angelegenheit Bulgariens an. Endlich sei über eine einheitliche Haltung der Regierungen der Kleinen Entente im Völkerbund die Verständigung erzielt worden. Von großer politischer Bedeutung wären also die Beschlüsse nicht.

Wachsender Unwille gegen Frankreich in England.

Die englische Presse wendet sich mit wachsender Erbitterung gegen Frankreich wegen Poincarés Ablehnung aller englischen Vorschläge. Baldwin soll die Absicht haben, alle Dokumente der letzten Verhandlungen zu veröffentlichen. Indessen dürfte dieser Schritt auf Poincaré wohl nur eine sehr geringe Wirkung ausüben. Die Pariser Nationalisten sind mit der bisherigen Entwicklung der Dinge zufrieden und erwarten täglich „die deutsche Katastrophe“, ohne freilich, wie das sozialistische Blatt „Deutsche“ betont, eigentlich angeben zu können, wie diese „Katastrophe“ aussehen und welchen Nutzen sie Frankreich und Europa bringen wird. Der Brennstoffbedarf aus dem Ruhrgebiet nach Frankreich hat im Juli gegenüber dem Juni eine beträchtliche Abnahme erfahren. Man rechnet, daß der Kohlenbedarf bis Ende August wohl gänzlich aufhören wird. Im Falle eines Zusammenbruchs oder einer Revolution in Deutschland aber müßte Frankreich die Versorgung des Ruhrgebiets mit Rohstoffen und Lebensmitteln

übernehmen, was neue ungeheure Opfer fordern würde statt die Reparationskosten zu füllen. So führt die französische Geopolitik zu Konsequenzen, die eine Vernichtung des europäischen Handels und eine schwere Schädigung des französischen Wirtschaftslebens selbst bedeuten, ganz abgesehen von der moralischen und rechtlichen Beurteilung der Sachlage.

Aus dem besetzten Gebiet.

Drakonische und salomonische Urteile.

Am Mittwoch fand in Düsseldorf ein Prozeß gegen Deutsche statt, die angeklagt waren, versucht zu haben, Militärgeheimnisse der französischen Besatzungsbehörden in Erfahrung zu bringen. Zwei Angeklagte wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus, eine Reihe anderer zu Gefängnis und hohen Geldstrafen verurteilt. Drei Angeklagte, deutsche Offiziere, die geflüchtet sind, wurden in contumaciam zum Tode verurteilt. — Wie heißt doch das deutsche Sprichwort: „Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn.“

Arbeiterdemonstrationen in Oberhausen.

Blätter melden von ernstlichen Zusammenstößen in Oberhausen. Die sich im Verlauf von Demonstrationen streikender Bergleute ereigneten. Zwei Personen wurden getötet, 7 verwundet.

Die verbrecherische Telegraphenstation.

Aus Mannheim wird gemeldet, daß der Direktor der Thyssen-Werke von den französischen Behörden verhaftet wurde, weil in seinen Werken eine Radio-Telegraphenstation gefunden worden sein soll.

Ein Appell der Kölner Frauen.

In Köln fand dieser Tage eine von Frauen aller Stände zahlreich besuchte Versammlung statt, in der ein Aufruf an die Mütter, Frauen und Töchter des Auslandes einhellige Zustimmung fand, in dem es heißt: „Weiß die Frauenvelt des Auslandes von all dem Elend, das wir zu ertragen haben, von all den Verheerungen und Verwüstungen, die der Einbruch roher Gewalt in fast jede Familie des alt- und neubefreiten Gebietes hineingetragen hat, von der Gefährdung des deutschen Kulturs, Staats- und Wirtschaftslebens? Wenn Ihr Frauen des Auslandes unseren Berichten und Angaben keinen Glauben schenken wollt, so glaubt doch den Hunderten von Berichten, die objektive neutrale Beobachter des Auslandes über die Zustände an Rhein, Saar und Ruhr gegeben haben. Wir haben so oft um Verständnis gerufen und wenig Verständnis gefunden. Wir wollen aber nicht an Euch, den Frauen des Auslandes, verzweifeln. Wir fordern nur das, was ein jedes Volk der Erde fordern kann, für das auch Eure Männer, Brüder und Väter getritten haben und gestorben sind: Wir fordern, Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden!“

Vernichtung der Sabotageaktionen deutscher Arbeiter.

Am 1. Juli d. J. wurden, wie die „D. A. Ztg.“ meldet, die Anlagen der Gute Hoffnungshütte in Oberhausen für mehrere Tage von den Franzosen besetzt mit der Begründung, daß eine „Bestandsaufnahme“ der vorhandenen Vorräte vorgenommen werden sollte. Als diese „Bestandsaufnahme“ abgeschlossen war, boten sämtliche Anlagen das Bild planmäßiger Verwüstung und Zerstörung. Die Türen zu den Aufstufungsräumen, Meisterstuben und Werkstätten waren aufgebrochen. In den Räumen waren sämtliche Schränke aufgebrochen, teils durch Abreißen der Schließer, teils durch Einschlagen der Türen. Auf dem Fußboden lagen Schuhe und Kleider, die durch Bajonettschläge zerlegt waren, zerhackene Lampen, zerfetzte Papiere, zerhackene Telefonleitungen; Fernsprechanlagen, Vorhänge und zahlreiche andere Dinge fehlten. Von der Arbeiterschaft sind nach einer vorläufigen Zusammenstellung bisher folgende Gegenstände als entwendet bzw. vollständig vernichtet gemeldet worden:

340 Paar Schuhe,
375 Arbeitskleider,
400 Arbeitsjacken,
605 Sandhülsen,
165 Hemden,
50 Paar Strümpfe,
200 Mützen,
160 Arbeitsanzüge,
230 Leibriemen.

Außerdem Holzschuhe, Seife, Kämme, Spiegel, Sockensträger, Vorhängeschlösser, Rasierklappen usw. Der Schaden beläuft sich auf nahezu eine Million Mark.

Die Ruhrnöte des elsässischen Handels.

Der „Matin“ bringt einen Aufsatz über die Notwendigkeit, dem wirtschaftlichen Leben des Elsaß Hilfe zu bringen. Dem „Mülhauser Tagblatt“ vom 27. Juli, das einen Auszug daraus wiedergibt, entnimmt die Elp-Korrespondenz — zugleich als anschaulichen Beleg für die „Produktivität“ der Ruhrbesetzung — die Feststellung, daß der elsässische Handel unter den Schwierigkeiten stark leidet, die der passive Widerstand der deutschen Eisenbahner im Gefolge hat. „Der Vertrag von Versailles hat bekanntlich die völlige Einfuhr der elsässischen Produkte nach Deutschland für eine Dauer von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages vorgeesehen. Seit der Ruhrbesetzung ist diese Begünstigung hinfällig, da fast alle Verbindungen zwischen dem linken und dem rechten Rheinufer unterbrochen sind.“

Den folgenden Satz, der zwar sehr heroisch aussieht, der aber der Wahrheit wenig entspricht, halten wir dem „Matin“ nicht vor, da wir an seine Aufrichtigkeit geringste Ansprüche stellen: „Trotzdem hat die Bevölkerung der wiedergewonnenen Provinzen die Ruhestimmung nicht nur gutgeheißen, sondern deren Durchföhrung bis zum Erfolg verlangt.“ (1) In dem sich an anschließenden Absatz interessiert uns das erneute Eingeständnis, daß es ohne die deutschen Eisenbahner nicht geht: „Die Unterbrechung der Verbindungen kann in keinem Falle den französischen und belgischen Militärbehörden zur Last gelegt werden.“ (2) Es liegt auf der Hand, daß die normale Ausnutzung des Bahnnetzes der Ruhr erst an dem Tage gesichert ist, an welchem der von Berlin distanzierte und untertänige Streik der Eisenbahner aufgehört wird. Die 15 000 französischen Eisenbahner, welche den Dienst in den besetzten Gebieten versehen, können selbst bei übermenschlichen Anstrengungen nicht 180 000 deutsche Eisenbahner ersetzen, welchen die Reichsregierung jede Wiederaufnahme der Arbeit unterlagert hat.“ (Soll diese Feststellung Poincaré entlasten? Die Schrift.)

Der Kern des „Matin“-Aufsatzes besteht in dem Vorschlag, die Eisenbahnverbindungen zwischen dem Elsaß und dem besetzten Gebiet zu verbessern: „Wäre es nicht möglich, daß die franco-belgische Regie regelmäßig verkehrende Züge in Betrieb setzen würde, wenigstens einen oder zwei in der Woche, welche den Transport der elsässischen, für die besetzten Gebiete bestimmten Waren ermöglichen? Diese Züge könnten auf der großen Linie Lauterburg—Mann—Koblenz—Köln verkehren, wobei die Möglichkeit bestünde, die Waggons nach den verschiedenen Bestimmungsorten des besetzten Gebietes abzuleiten. Die auf diese Weise transportierten Waren müßten natürlich geschickt sein gegen jede Beschlagnahme auf Grund eingeholter Transportverordnungen. Gering geschätzt würde das gesamte Elsaß pro Woche ungefähr 400 bis 500 Tonnens Waren ausführen, und diese Ziffer würde rasch überlritten, sobald der regelmäßige Zugverkehr gesichert wäre.“ „Wäre“, ... das ist's eben!

Diese Milchmädchenrechnung frei nach La Fontaine hat allerlei Denkfehler in sich. Auf einen davon weist das „Mülhauser Tagblatt“ selbst hin, wenn es unmittelbar unter diesem Aufsatz in Fettdruck mit einer töricht-unüberlegten Schandenschrift den unaufhaltsamen Einmarsch der „Marx“ bespricht. Daß die Totengräber der deutschen Valuta zugleich die des einst blühenden elsässisch-lothringischen Wirtschaftslebens sind, daß sie in Paris und in den Redaktionen „patriotischer“ Zeitungen Mit-

und Neufrautreichs sitzen, hast du wohl noch nicht entdeckt, kluges „Mülhauser Tagblatt“!

Der Straßburger Kohlenhafen.

Der elsässische Berichterstatter der Pariser „Journée industrielle“ spricht in der Nummer vom 19. Juli von den Absichten der Straßburger Industrie, Straßburg zur Kohlenbasis von Ostfrankreich auszubauen. Die Nähe des saarländisch-lothringischen und des belgischen Kohlenbeckens und die leichte Transportmöglichkeit, die der Rhein für die Ruhrkohle bietet, werden dabei hervorgehoben. Die Verträge, die zwischen der Stadt Straßburg und den Kohlenlagergesellschaften abgeschlossen worden sein sollen, sehen eine Verdoppelung der bestehenden Lagerungsmöglichkeiten vor. Die Ruhrkohle habe die Notwendigkeit erkennen lassen, ein ständiges Reserverlager von 500 000 Tonnens zu halten. Dazu wäre eine monatliche Zufuhr von 150 000 Tonnens nötig, im Mai seien aber beispielsweise nur 42 000 Tonnens angelangt, und von den zurzeit täglich im Ruhrgebiet abtransportierten Mengen (10 000 bis 11 000 Tonnens) gehe der größte Teil nach Belgien und Innerfrankreich. Die „Journée industrielle“ verlangt daher „mit allem Nachdruck“, daß die wenigen Sommermonate noch zur Inlegung der geplanten Kohlenlager ausgenützt werden. Das dürfte ein frommer Wunsch bleiben.

Eine italienische Warnung an die Kleine Entente.

In einem Leitartikel über die Konferenz der Kleinen Entente warnt „Giornale di Roma“ die in Sinaja versammelten Balkandiplomaten vor Beschlüssen, die Italiens Interessen verletzen könnten. Italien werde niemals dulden, daß sich im donaubalkanischen Europa ein slavischer Block zum Schaden Italiens bilde. Die Besuche Jochs und Le Ronchs in Prag, Bukarest und Belgrad gäben Italien zu denken, ebenso die Veruche der Pariser Diplomatie, Warschau und Prag zu versöhnen. Die öffentliche Meinung Italiens brauche sich deswegen nicht zu beunruhigen, da Mussolini mindestens ebenso viele Krümpfe in Händen habe, als die Gegner. „Stampe“ sagt, daß der Ratnammer Vertrag nur der erste historische Schritt auf dem Wege des allgemeinen Revisionismus sei. Zwischen Sebres und Lausanne habe freilich ein Krieg gelegen. Möchten die Staatsmänner verhalten, daß der Revision des Versailler Vertrages ebenfalls ein Krieg vorhergehe, der Europa wiederum in Brand setzen müßte.

Günstiger Fortgang der kroatischen Bewegung.

Der „Abererul“ meldet, daß sich ganz Kroatien zur Revolution vorbereitet. Überall herrscht große Aufregung. Offiziere und Soldaten schließen sich der Bewegung freiwillig an. Die Seeleute erklären den Streik. Es ist bemerkenswert, daß die Mannschaft aller Schiffe aus kroatischen und dalmatinischen Seeleuten besteht. Auch die Muselmanen aus Bosnien und der Herzegowina haben sich der Bewegung offiziell angeschlossen. Den Bulgaren in Mazedonien, die gut bewaffnet sind, ist die Bewegung natürlich sehr willkommen. Kroatisch erließ in Jugoslawien einen Aufruf der demokratischen Partei an alle oppositionellen Parteien, in dem er sie zur Mitarbeit am Sturze der Regierung einladet. Der „Abererul“ meint, daß die Bewegung mit Gewalt nicht unterdrückt werden kann und daß nur ein gütiges Einbernehmen zwischen den Parteien die Katastrophe verhindern könnte.

Der Kroatienführer Raditsch erklärte dem „Giornale di Roma“: Die Kroaten erhoffen keine Unterstützung von außen, würden eine solche aber nicht abschlagen. Er glaubt, daß Italien die Schaffung eines unabhängigen Kroatiens, welches Neutralität und ewige Gerechtigkeit verspricht, fördern würde. Nach einer Meldung des „Demit“ ist Raditsch nicht verhaftet. Er ist frei und fährt fort, Führer der föderalistischen Bewegung zu sein. Die jugoslawische Regierung traf Maßnahmen, daß keine Nachrichten über den Stand und die Entwicklung der Bewegung im Ausland verbreitet werden.

Nach den letzten Meldungen verzichtete die Belgrader Regierung auf die Verhaftung des kroatischen Führers Raditsch, weil mit innerpolitischen Schwierigkeiten infolge einer solchen Verhaftung gerechnet werden müßte.

Deutsches Reich.

Cuno berät mit den Sozialdemokraten.

Am Mittwoch hielt der Vorstand der sozialdemokratischen Partei eine Beratung mit dem Reichskanzler ab. Während der Beratungen legte die Fraktion dem Reichskanzler ihr eigenes Finanzprogramm vor. Im Zusammenhang damit wurde die allgemeine wirtschaftliche und finanzielle Lage besprochen. Die Fraktion will noch eine offizielle Erklärung abgeben. Sie verlangt bei der Aufstellung eines eigenen Wirtschaftsprogramms auch einen gewissen Personalwechsel. Es soll sich hierbei nicht um den Kanzler selbst handeln, sondern vielmehr um einige politische-wirtschaftliche Führer. Man nimmt an, daß sich darunter der Reichsbankdirektor Hadenstein befindet.

Der „Vorwärts“ gegen eine deutsche Arbeiterregierung.

Der „Vorwärts“ lehnt in seinem Leitartikel vom 1. August eine Arbeiterregierung ab. Er schreibt: Die beiden Möglichkeiten, oder besser gesagt, die beiden Unmöglichkeiten des Augenblicks sind: Eine außerparlamentarische Arbeiterregierung, die durch Bürgerkrieg und blutige Gewalt zur Macht zu kommen versucht, ohne daß ihr das wirklich gelingt; oder aber eine parlamentarische Arbeiterregierung ohne parlamentarische Mehrheit und ohne Aussicht, sie zu gewinnen, in Abhängigkeit von bürgerlichen Parteien und damit natürlich erst recht Ziel der kommunistischen Hege. Die Vorbedingungen für die Schaffung einer Arbeiterregierung in Deutschland sind zurzeit nicht gegeben, sie müssen erst geschaffen werden. Die erste ist die Einigung der Arbeiterklassen auf ein größeres und durchführbares Programm und die Abweisung aller verwirrenden Augenblickspropaganda und Schlagworte, wie sie z. B. die K. P. D. Zentrale in unerlöschlicher Fülle produziert. Das erste Hindernis auf dem Wege zur Arbeiterregierung ist die kritische, gewissenlose Presse.

** Geheimrat Noethe Universitätsrektor in Berlin. Zum Rektor der Berliner Universität wurde Geheimrat Dr. Noethe, Professor für Sprachen und deutsche Literatur, gewählt.

Aus aller Welt.

Wiederaufnahme der Arbeit in Stockholm. Die Aussperrung in der Stockholmer Metallindustrie ist beendet. 15 000 Arbeiter sind zur Arbeit zurückgekehrt.

Garbings Gesundheit bessert sich. Der Gesundheitszustand des amerikanischen Präsidenten Garbings verbessert sich zusehends. Trotz dem ist große Sorgfalt bonnöten, damit es zu keinen Komplikationen kommt.

Offenerford eines Fliegers mit 10900 Metern. Nach einer Meldung der Pat. aus Willacoubly hat der Flieger Sadir Record den Höhen-Weltrekord mit 10900 Metern aufgestellt.

Entspannung der Lage in Marokko. Wie die spanischen Blätter aus Melilla berichten, ist dort von seiten der marokkanischen Rebellen Abdel-Kerim mit Friedensvorschlägen eingetroffen. Die Entsendung weiterer spanischer Truppenformationen ist ein-geleitet worden.

Statt Karten.

Die Verlobung meiner zweiten Tochter Charlotte mit dem Kandidaten des Predigamtis und Kgl. Preuß. Oberleutnant a. D., Herrn Johannes Tauber in Poznań beehre ich mich hiermit anzuzeigen.

Winzig, den 24. Juli 1923.

Spindler, Superintendent.

Charlotte Spindler, Johannes Tauber, Kandidat des Predigamtis, Oberleutn. a. D. i. ehem. Gren.-Rgt. Nr. 6.

Verlobte.

Winzig (Schles.)

Poznań, ul. Grobla Nr. 1.

Die diesjährige ordentliche

Generalversammlung

der Aktionäre unserer Aktiengesellschaft findet am Dienstag, dem 28. August 1923, vormittags 11 Uhr in der Zuckersabrik Kosciuszko statt.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Berichts.
2. Bericht der Revisions-Kommission und Erteilung der Entlastung.
3. Verteilung der Reingewinne.
4. Neu- bezw. Wiederwahl von drei Mitgliedern des Aufsichtsrates (§ 11 und 13 des Statuts).

Cukrownia w Kosciance.

H. Braun, Poznań,

ul. Stawna 10a I p. — früh. Teichstr. 10a I Tr.

empfehlte konkurrenzlos billig

Woll-, Uster- und Baumwoll-Stoffe

[8255]

Oxford, Metkal.

Sehr wichtig für Schneider und Hausierer, nur erstklassiges Fabrikat, durch direktes Beziehen aus der Fabrik.

Wäsche, Trikotagen, Kinder-Anzüge Arbeits- und Sonntags-Hosen.

Kein Personal! Verkauft auch en gros! Reelle Bedienung!



Wolle

zahlte für

Wolle gewaschene Kilo bis 140,000 Schmutzwolle . . . Kilo bis 100,000

Tausche! Für 3 1/2 Pfd. Schafwolle gebe 1 Pfund Strickwolle ohne Zuzahlung.

Fischotterfelle bis 2000 000

Marderfelle bis 1000 000

Zuchsfelle bis 900 000

Nur Winterware, beste Qualität wird verkauft.

Roschwanzhaare, Kilo bis 120 000

Bienenwachs, Kilo bis 30 000

Kaufe künstliche Zähne zahlte für 15 000 M. nach Untersuch. 1 Zahn 15 000 M. der Echtheit.

Elkan Kallmannsohn, Poznań, sw. Marcin 34, seit 20 Jahren ansäss.

Aus schneiden!

Aus schneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Parte) für den Monat August 1923

Name

Wohnort

Postamt

Straße

Grundstück,

12 Morg. mit Haus u. Zub., davon 8 Morg. Wiese, in der Miltlicher Gegend sofort zu verkaufen. Ang. an Gr-jowski, Ruda (Slask) ul. 3. Maja 28. (8401)

Geldschrank,

solw. Schlosser- u. Schmiedehandwerkzeug Glaschenszüge usw. zu verkaufen. Off. u. 8335 a. d. Geschf. d. Bl.

Zur bevorstehenden Saison empfehlen wir:

Drillmaschinen „Saxonia“,

3, 2, 1 Meter breit,

Kartoffel-Erntemaschinen

„Progress“, 5 Stab,

mit während des Ganges verstellbarer Wurfweite

Maschinen-Abteilung

der Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft

T. z. o. p.,

Poznań, ul. Wladzowa 3.

Kartoffelgraber

„Progress“ „Fünftab“

vereint alle Vorzüge bewährter Systeme und ergänzt dieselben durch wertvolle Patente Kuhl & Lippitz.

[8280]

Neu! Verstellbarkeit der Wurfweite während des Betriebes!



Verlangen Sie Prospekte von Ihrem Maschinenlieferanten!

3 ältere, tüchtige Stellmacher,

die Aufschwagenkasten anfertigen können, sowie einen älteren Feuerschmied, sauber beschlag. kann, finden gut bezahlte Stellung. [8261]

Wagenfabrik J. Martin, Gniezno (Gnesen).

Suche zum baldigen Antritt eine evangelische

Stütze der Hausfrau

mit Familienanschluss für eine Landwirtschaft. Es kommen nur alleinlebende Damen geistigen Alters in Frage, denen an einer Lebensstellung gelegen, die unrichtig, bescheiden und im Rahmen bewandert sind. Gehalt nach Uebereinkunft. Offerten unt. B. R. 8293 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Gesucht Hausmädchen

perfekt in Wäschebehandlung und Plätten, nur mit erfüllbaren Zeugnissen. Fürstl. Rentamt, Jarocin. [8395]

Suche schneidernde Jungfer

nur mit erfüllbaren Zeugnissen. Fürstl. Rentamt, Jarocin. [8396]



Kaufe Restgut

von 50 bis 120 Hektar, im Posener Teilgebiet od. Pommerellen. Bedingung: guter Boden. Kompl. Inventar, schönes Wohnhaus u. Garten. Bin kaufsberechtig. Ausführliche Off. mit Preisangabe erbeten an Annoncen-Expedit. „Reklama Polska“ T. z., Alje Marcinkowskiego 6, unter „Restgut 8579“.

Kaufe Pianino,

kreuzförmig. Ang. mit Preis. Markt u. Abz. erb. an Aufw. Szamarczewskiego 16 III.

Gut erhaltenen

Goumper

zu kaufen gesucht. Gest. Off. unter 8398 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

1 Strohhelevator,

1 Nähmaschine, Berg. Lang,

1 Kartoffeldämpfer, Bengli (190 Gr.),

1 Breitlähmaschine

(3 1/2 m) weit überzählig, preiswert zu verkaufen. Die Maschinen sind sämtlich in gutem Zustande. Angebote an

Maffus, Rabowice, Post Swarzędz.

Grammophon

mit Messingschaltrichter und 40 große und kleine Platten preiswert zu verkaufen. Zu erfragen unt. 8415 in d. Geschäftsstelle dieses Blattes.

Stellenangebote.

Zum 1. 9. 23 wird ein energischer, an strenge Tätigkeit gewöhnter, unverb., der poln. Spr. mächtiger

Feldbeamter

gesucht. Off. nebst Zeugnisabschriften u. 8406 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Unter B. 8237 erbte sich ein evangel. Fräulein, das am 2. September d. J. in Poznań teilnahm und bereits 2 Jahre in einer Schule unterrichtete, als Privatlehrerin auf einem Gut Stellung anzunehmen. Da Betreffende davon abließ und mehrere Offerten bei uns eingingen, kann sich ein Fräulein, das sich für derartige Stellung interessiert, an uns unter B. 8237 wenden. Mitporto ist beizufügen. Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Größeres Industrie-Unternehmen

sucht zum baldigen Antritt gebildeten, unverheir., kaufmännisch geschulten

Büro-Vorsteher.

Kenntnisse der deutschen und polnischen Sprache in Wort und Schrift sowie mehrjährige Büropraxis erforderlich. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften, bezw. Referenzen-Angaben unt. W. H. 1924 an Annoncen-Expedition Akt.-Ges. „Reklama Polska“, Poznań, Alje Marcinkowskiego 6.

Teatr Palacowy, Plac Wolności 6.

Vom 30. Juli bis 5. August:

Der berühmte polnische Kinostern LYA MARA in der Hauptrolle des sechsständigen Filmkunstwerks:

Yvetta, die Modekönigin.

Anfang der Vorstellungen um 4 1/2, 6 1/2 und 8 1/2 Uhr.

K. Colosseum sw. Marcin 65.

Vom 30. Juli bis 5. August:

Der Clou der Saison! Ungewöhnliche Sensation!

Das Drama auf dem Meeresgrunde.

Hochsensationelles Drama in 6 Akten.

Die schwierigen Originalaufnahmen unter Wasser wurden mit Hilfe der berühmten Taucherglocke der Brüder Williamson gemacht.

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, ulica Zwierzyniecka 6, Abteilung: Versand-Buchhandlung

liefert jetzt direkt an die Besteller folgende neue Werke:

Dr. Schneider und Geißel, Einbruch und Diebstahl und ihre Verhütung.

Dr. Schneider, Eignungsprüfungen für den Kriminaldienst. Sailer, Each oder sich, Münchener Humor, mit vielen Illustrationen.

Becht, Der Selbstkassatent elektrischer Hausanlagen. Scholz, Leitfaden zur Erlernung des Korbmacherhandwerks mit 50 Abbildungen.

Weinhold, Selbstverfertigte Unterhaltungsspiele, mit 25 Abbildungen.

Crohn-Wolfgang, Leitfaden der Bedeutung für die östliche Frage.

Beckert, Die Aquarellmalerei und ihre Anwendung auf Architektur und Landschaft.

W. Scheff, Der große Tenor. Roman eines Künstlers. Zingerle, Was foch ich? 89, 576 Seiten.

Dr. Ewers, Mälzerei (Brauerwissen).

Choma, Mündnerinnen. Roman.

Kinderseid, Lehrbuch der vereinfachten deutschen Stenographie (Einigungssystem Stolze-Schrey).

Wie schneidere ich Blusen und Röcke.

Mann, Die Erlösung der Menschheit vom Elend.

Dr. Wahle, 205 anregende Fälle von Geraden und Krummen. Prakt. Logik für jung und alt, Mann und Frau.

Dr. Wiener, Entstehung und Wesen von Natur und Kultur.

Schlot, Die Krone der Heilkunst am häuslichen Herd.

Lippmann, Die Holzbiegerei.

Wartberg, Die Befreiung Indiens.

v. Brodowski, Grenzland. Roman.

Altmann, Japan, wie es ist.

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag, 10: Gd. Grellich.

Kreuzkirche. Sonntag, 8: Gd. Grellich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonntag, 8: Gottesdienst. Gd. Grellich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonntag, 8: Gottesdienst. Gd. Grellich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonntag, 8: Gottesdienst. Gd. Grellich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonntag, 8: Gottesdienst. Gd. Grellich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonntag, 8: Gottesdienst. Gd. Grellich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonntag, 8: Gottesdienst. Gd. Grellich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonntag, 8: Gottesdienst. Gd. Grellich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonntag, 8: Gottesdienst. Gd. Grellich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonntag, 8: Gottesdienst. Gd. Grellich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonntag, 8: Gottesdienst. Gd. Grellich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonntag, 8: Gottesdienst. Gd. Grellich.

Deutschenhah und Medizin.

Auf dem im Jahre 1922 in Washington abgehaltenen sogenannten Internationalen Ophthalmologenkongress (bei dem selbstverständlich die Deutschen ausgeschlossen waren), wurde beschlossen, daß die nächste Tagung im Jahre 1925 in London stattfinden solle, und zwar wirklich „strictly“ international, denn Deutsch sollte, wie in früheren normalen Zeiten, eine der offiziellen Kongresssprachen bilden. Nachdem das mit den Vorbereitungen des Kongresses betraute Londoner Organisationskomitee eine Reihe einschlägiger Arbeiten geleistet hat, macht es jetzt die Mitteilung, daß die Société française d'Ophthalmologie, die Société d'Ophthalmologie de Paris und die Société Belge d'Ophthalmologie beschlossen haben sich an dem Kongress nicht zu beteiligen, falls Deutsche eingeladen werden. Das Komitee ist der Ansicht, daß der Kongress unter diesen Umständen den Zweck in den Reihen der Ophthalmologen vereinen und gegen den Fortschritt der Wissenschaft, welche alle zu fördern wünschen, wirken würde. Infolgedessen sieht sich das Komitee zu seinem Bedauern gezwungen, den Kongress zu verschieben.

Mit anderen Worten: der französische Militarismus hat auch auf dem Gebiete der medizinischen Kongresse wieder gesiegt, und die englische Diplomatie beugt sich „reluctantly“. Denn darüber werden sich doch wohl die englischen Komiteemitglieder klar sein, daß den französisch-belgischen Ophthalmologen an dem internationalen Kongress und der durch ihn geförderten Wissenschaft nicht das geringste gelegen ist, wenn sie dafür den Triumph genießen können, ihrem Haß gegen die Deutschen wieder erfolgreich die Fäustel zu schlagen zu lassen. Haben die Engländer und die Vertreter der anderen Nationen wirklich ein Interesse daran, zu verhindern, „to perpetuate a schism and militate permanently against the progress of the Science“, dann ist der alleinige Weg zu diesem Ziel (aufs innigste zu wünschen): die internationalen Kongresse ohne die haßvergifteten Franzosen und ihre Vasallen abzuhalten. Man kann sicher sein, daß deren Eitelkeit sie sehr schnell dazu treiben würde, ihre „splendid isolation“ aufzugeben. Aber werden die englischen und amerikanischen Ärzte den Mut und die Selbstachtung zu diesem Entschluß haben?

Aus Stadt und Land.

Posen, 3. August.

Einnahmequellen der Gemeinden.

Nach dem Entwurf des Finanzausschusses sind den Gemeinden folgende Einnahmequellen zugestanden worden:

1. Anteil an den Einkünften an Steuern für Boden und Gebäude, die in ihrem Bereich liegen, 2. Anteil an der Staats-Gewerbesteuer, 3. Ein Drittel des Anteils der Kreis-Kommunalverbände an den Einkünften an Zuschlägen zu den staatlichen Konsumsteuern (eine Steigerung gegenüber dem Regierungsentwurf), 4. Anteil am Zuschlag zur Staatssteuer für Erbschaften und Schenkungen, 5. Lokalitätensteuer, Wohnungssteuer und Hotelsteuer, 6. Anteil an der kommunalgebührenden für Verträge betreffs Übertragung von Immobilien, 7. Schau- und Vergütungssteuer, 8. Jagdsteuer, 9. Steuer für protektierte Wechsel, die größtenteils theoretische Bedeutung haben wird.

Für die Stadtgemeinden sieht das Gesetz 18 Einnahmequellen vor, davon 12 primäre und 6 sekundäre. Zu den ersten gehören: 1. Kommunal-Grundsteuer, sei es als Zuschlag zur Staats-Grundsteuer oder als selbständige Steuer, auch von Grund und Boden, der von der Staats-Grundsteuer befreit ist; in diesem Rahmen befindet sich die Steuer für Bauplätze; 2. Grundstückssteuer, möglich auch als selbständige Steuer; 3. Lokalitätensteuer; 4. Wohnungs- und Hotelsteuer; 5. Anteil an der staatlichen Industrie- und Handelssteuer; 7. Anteil an der Staatseinkommensteuer; 8. Anteil am Zuschlag zu den staatlichen Konsumsteuern; 9. 100 bis 200 Proz. zu den Staatsgebühren von Patenten für die Herstellung und den Verkauf von Getränken, Schnaps- und Spiritusprodukten; 10. die sog. Abgabsteuer, d. h. Steuer für herangebrachte Waren, soweit sie die Gemeinden betreffen; 11. Zuschlag bis zu 4 Prozent zur Staatsgebühr für Verträge betreffs Übertragung von Immobilien; 12. Selbständige Steuer für die Gas- und elektrische Beleuchtung der Lokale mit Alkoholabschank und der Schau-, Vergütungs- und Besetzungsfakultäten.

Zu den sekundären Einnahmen gehören: 1. Kommunalsteuer für protektierte Wechsel, 2. Zuschlag zur Erbschafts- und Schenkungssteuer, 3. Steuer für öffentliche Vergütungen und Schenkungen, 4. Jagdpachsteuer, 5. Steuer von Beiz und von Zuggegenständen, 6. andere Steuern, die andere Einkünfte betreffen, mit Ausnahme der in Art. 20 des Gesetzesentwurfs aufgeführten Gegenstände.

Amerikanisches Copyright 1922 by Lit. Bur. M. Vinde, Dresden-21.

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(36. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Auf der Landstraße kam im Trab ein Wagen näher: „Das ist Jrmischer! Hel Jrmischer!“

Der Jagdaufseher hielt an und sprang herunter. „Herr Oberförster, an der Fütterung Nr. 4 liegt ein gewilderter Damhirsch ohne Geweih! Ich wollte eben Meldung erstatten!“

„Das wissen wir schon, aber es ist gut, daß Sie uns in den Weg laufen, nun können wir doch fahren; drehen Sie nur um, und ehe ich's vergesse: Für fünf Uhr habe ich alle Beamte zum Rapport bestellt!“

„Ja, wohl!“ Jrmischer fasste den Braunen am Kopfe und wendete vorsichtig den Futterwagen, auf dem noch ein halb geleertter Sack mit geschroteten Eicheln und Kastanien lag. Dann stiegen Sauer und Ranzsch ein, und zehn Minuten später waren die drei Beamten an der Fütterung angelangt.

„Nu mal vorsichtig!“ Der Oberförster kletterte steifbeinig herunter. „Erst müssen wir die Chauffee abfahren, Ranzsch, Sie gehen nach links, ich nach rechts, etwa fünf, hundert Schritte weit, dann kommen wir wieder zurück.“

Der Revierförster machte ein Gesicht, als hielte er eine nachmalige Nachschieße für höchst überflüssig, aber gegen die Anordnung des Vorgesetzten gab es natürlich keinen Widerspruch. Und wirklich hatte Sauer keine hundert Meter zurückgelegt, als er einen triumphierenden Ruf ausstieß.

„Kommen Sie mal rasch hierher!“ Hart am Wegrand, dort, wo die überhängenden Zweige der Randbäume die Sonnenstrahlen abhielten, war noch vom letzten Regen her eine feuchte Stelle. „Sehen Sie!“ Sauer, der sonst nicht so leicht seine Ruhe verlor, war ganz aufgeregt. „Da ist unzweifelhaft erst vor kurzer Zeit ein Wagen gefahren!“

„Vor kurzer Zeit? Könnte die Räderspur nicht auch von gestern oder vorgestern sein?“

„Gott bewahre! Hier liegt ja noch mitten im Gleise ein ganz frischer Grashalm, wäre der Wagen auch nur gestern abend vorbeigefahren, dann müßte der Halm längst welk sein!“

Das Wetter im August.

Lehrer G. Paulwich-Sobchowsky glaubt über das Wetter im August folgendes sagen zu können: Für den Monat August gilt folgendes: Der Neumond gibt, wie das ganze Jahr schon, auch diesem Monat das Gepräge, und zwar vom Hochstand am 7. bis zum Tiefstand am 21. Hier haben wir nicht nur die maßgebenden Temperaturen, sondern auch die Hauptniederschläge. Nach der Regel neigt der erste Mondwechsel zu schönem Wetter, die anderen haben Regen, teils Wind. Schließt der Regen mit dem 16., wie ich hoffe, so wird das erste Viertel noch einigermaßen schön. Die wegen der starken Halmentwicklung so notwendige Hitze zum Dörren des Getreides wird meist fehlen. Die zweite ist absolut kühl, weil die Minusbilanz der Mondbahn, die nur alle 18 bis 19 Jahre wiederkehrt, sich bemerkbar macht und der aufsteigende Mond durch die Erdrinne geht, infolgedessen die heraufgeführte Wärme bald abfällt und die Kältewirkung des sinkenden Mondes durch die Erdrinne verstärkt wird. Ungünstig liegt der Tiefstand des Monats im letzten Drittel, wie es sich jetzt im Juli zeigte. Am 21. August ist die Sonne schon zwei Drittel von ihrem Hochstand bis zur Äquatorhöhe gesunken. Selbst in dem warmen Sommer 1920 zeigte sich beim selben Mondstand Ende August auffallende Kälte. Die Weizen, Weiden und Getreidefrüchte werden keinen Mangel an Feuchtigkeit haben, doch dient die fehlende Wärme nicht allzu großem Wachstum.

Erhöhung der Postgebühren. Verschiedene Blätter melden, daß in der Regierung gegenwärtig die Erhöhung des Post- und Telegraphentarifs vom 15. August oder 1. September erwogen wird. Die projektirte Erhöhung soll 50 v. H. beim Telephontarif und 150 v. H. bei Posttarif betragen. Für Briefe und Postkarten soll der Tarif um 100 v. H. erhöht werden. Die Frage der Erhöhung wird gegenwärtig vom Finanzministerium und vom Wirtschaftskomitee des Ministerrates erörtert.

Die Gedächtnis-Kommission in Posen liquidiert die Herausgabe von Abzeichen für die Zugehörigkeit zu den großpolnischen Truppen und wird die zuerkannten und bereits fertigen Diplome und Legitimationen bis zum 30. September 1923 herausgeben. Nach diesem Termin findet keine Herausgabe mehr statt. Neue Anträge werden nicht mehr angenommen.

Die Posener Straßenbahn hat eine dankenswerte Erneuerung getroffen: von heute (3. 8.) beginnend, wird sie einen Straßenbahnwagen schon um 605 vom Alten Markt nach dem Bahnhof abgeben lassen. Die Erneuerung ermöglicht es den Reisenden, die den Zug 625 benutzen wollen, den Zug auch wirklich zu erreichen, was bei dem erst um 615 vom Alten Markt abgehenden Wagen nicht der Fall war. Es ist vorläufig nur ein Versuch; ob die Erneuerung von Dauer sein wird, hängt davon ab, wieviel Personen den Wagen benutzen werden und ob die Straßenbahn dabei auf ihre Kosten kommen wird. Heute benutzten den Wagen nach dem Bahnhof bzw. nach dieser Richtung nur 8 Personen. Das ist wenig. Wenn man aber berücksichtigt, daß die Erneuerung noch unbekannt war, so kann vorläufig von einem Mißerfolg nicht die Rede sein. Erst nach einem etwa achtstägigen Versuch wird man sich ein Urteil bilden können.

Für nach dem Ausland reisende militärdienstpflichtige Männer. Den neuesten Vorschriften des Ministeriums für Heereswesen zufolge wird die Erlangung von Ausreisegenehmigungen für in militärdienstpflichtigem Alter stehende Personen erheblich vereinfacht. Danach sind nur sämtliche Männer vom 18. bis zum 28. Lebensjahre einschließlich (die in Artikel 14 a, 5 und 6 des zeitweiligen Militärgesetzes vorgesehen sind), alle auf Grund der Artikel 61, 62, 64 und 65 (Punkt 3) des zeitweiligen Militärgesetzes vom Heeresdienst oder in die Reserve zurückgestellte sowie sämtliche Reserveoffiziere der Kategorie A bis zum 28. Lebensjahre verpflichtet, die Erlaubnis der Militärbehörden zur Ausreise einzuholen. Gesuche um Ausreisegenehmigungen sind in dringenden Fällen unter Angabe der Gründe an das zuständige Kreisergänzungs-Kommando (R. A. U.) zu richten. Ohne besondere Erlaubnis der Militärbehörden können folgende Personen Ausreisepässe erlangen: 1. alle Personen, die das 28. Lebensjahr überschritten haben; 2. Reserveoffiziere; 3. sämtliche Männer von 18 bis 28 Jahren, die bei der ärztlichen Musterung der Kategorie C1 und C2 zugezählt wurden, sowie 4. Personen, die vom Heeresdienst vollständig befreit sind (Kategorie D und Artikel 68 des zeitweiligen Militärgesetzes). Alle diese Personen brauchen bei der Einholung des Ausreisepasses an Stelle der Erlaubnis der Militärbehörden nur ihre Militärbüchlein vorzuweisen. Es muß bemerkt werden, daß alle Reservisten, die sich ins Ausland begeben, verpflichtet sind, den Wechsel ihres Aufenthaltsortes im zuständigen Kreisergänzungs-Kommando anzugeben. Diese Vorschriften treten am 1. September in Kraft.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein unternimmt Sonntag, den 5. d. Mts., einen Familienausflug nach dem

Herthafsee und Grünheide. Der Wald ist besonders reich an Erd- und Heidelbeeren. Es ist Badegelegenheit vorhanden. Wegbreite 12 bis 15 Kilometer. Abfahrt nach Lohndorff 6.25 früh, zurück in Posen 7.43 abends. Verpflegung mitnehmen! Gäste sind willkommen.

Der 1. Schwimm-Verein Posen begeht am Sonntag, dem 5. d. Mts., sein 13. Stiftungsfest, verbunden mit dem 2. internen Wettkampftage, zu welchem der Männerturnverein Posen und der Radfahrer-Verein Posen eingeladen sind. Näheres in der morgigen Anzeige.

Ausgefegte Belohnung. Zum Fonds zur Ermittlung der Gneiser Domrüber hat Frau Baronin von Schlichting auf Bierdziczany 2 Millionen M. gespendet.

Die Schonzeit für Rebhühner und Wachteln endet mit dem 18. August. Die Jagdzeit beginnt am 19. August. Die Schonzeit für den Vorkuh, das Vorkuh, Hahnenhuhn sowie Hahnenhuhn und Hahnenhuhn endet am 15. September. Die Jagd beginnt am 16. September.

Vom Tode überrascht wurde heute früh der 65jährige Arbeiter Josef Rodstein während des Schlafes auf einem Wagen im Hofe des Grundstücks Sw. Wojciecha 1. Die Untersuchung hat ergeben, daß R. am Herzschlag gestorben ist.

Die Feuerwehre wurde nach der ul. Mylna 12 (fr. Hochstr.) gerufen, wo in einer Wohnung Diebe eingedrungen waren und die Gasöhne geöffnet hatten. Nach kurzer Tätigkeit rückte die Feuerwehre wieder ab.

Ein „hoffnungsvolles“ Bärläusen stattete dieser Tage einem Fleischermeister in der ul. Kraszewskiego (fr. Gedwizka) einen Besuch ab und legte einen Zettel vor, auf dem die „gewünschten“ Waren verzeichnet standen. Der Zettel war natürlich mit einer gefälschten Unterschrift versehen. Der leichtgläubige Fleischermeister ist auf diese Weise um 210.000 M. betrogen worden.

Ein Diebstahl im Wartesaal. Einem Tierarzt aus Kunit wurde im Wartesaal II. Klasse ein Koffer mit tierärztlichen Instrumenten entwendet.

Auf dem Markt bestohlen. Während des Marktes auf dem Lazarusmarkt wurde einer gewissen P. Paterka, wohnhaft ulica Śniadeckich 14, eine Tasche mit 87.000 M. entwendet.

Diebstahl. In das Haus ul. Gasierowskich 9 (fr. Alcestr.) drang in eine Bodenkammer ein Dieb ein und wollte verschiedene Wäschstücke (Damenhemden und Schürzen) im Werte von 5 1/2 Mill. M. mitnehmen. Der Dieb wurde auf frischer Tat ertappt. — Aus einer Wohnung in der ul. Sienna 3 (fr. Kuritz) wurde ein Paar Schnürkiesel gestohlen. Im Verdacht, den Diebstahl begangen zu haben, steht ein Obdachloser.

Betrunkene und Prostituierte. Die Polizei nahm gestern 6 Jechörner fest, darunter einen Händler W. R. und einen Arbeiter M. S. Ferner wurde in der ul. Franc. Katarzaka (fr. Ritterstr.) ein Weib in betrunkenem Zustand und ohne Wohnung angetroffen. — Festgenommen wurden ferner 8 Prostituierte.

Dirschau, 29. Juli. In die Starkstromleitung geraten und schwer verletzt ist am Sonnabend der Leitungsaufseher Gähler vom hiesigen Elektrizitätswerk und Überlandzentrale. Gähler war am Sonnabend nachmittag mit mehreren anderen Angestellten des Elektrizitätswerks unterwegs, um Störungen in der Leitung der Überlandzentrale ausfindig zu machen und zu beseitigen. Er bestieg dabei auch einen eisernen Mast dieser Leitung bei Czatkau und hat dabei, wahrscheinlich in der Annahme, daß die Leitung unterbrochen sei, den Draht berührt. Die Leitung war aber unter Strom und sofort erhielt G. einen starken Schlag zunächst durch die Hand und dann noch am Kopf und an der Schulter, so daß ein großer Feuerstrahl von ihm herausschoß, was dadurch erklärt wird, wenn man bedenkt, daß die Spannung dort 15.000 Volt betrug. Gähler wurde dadurch von dem Mast in einer Höhe von 7-8 Metern zur Erde geschleudert und blieb dort bewußungslos liegen. Zwei Besizer aus Czatkau, die Augenzeugen dieses Vorfalles waren, riefen sofort die in der Nähe weilenden Grenzpolizei und Polizeibeamten zusammen und nach längerem Wiederbelebungsbemühen gelang es diesen, den Verunglückten, der kein Lebenszeichen mehr von sich gab, ins Leben zurückzurufen. Man lud ihn darauf auf einen Wagen und brachte ihn ins Wingenstranzenhaus. Es ist bisher fraglich, ob er mit dem Leben davonkommen wird, da er sehr schwere Verletzungen am Kopf, der Schulter, den Händen und Füßen davongetragen hat. Gähler war bereits mehr als 10 Jahre am hiesigen Werk beschäftigt und in seinem Fach als sehr tüchtig bekannt und geschätzt; um so mehr ist daher dieser ihm zugefallene Unfall zu bedauern.

Graubenz, 28. Juli. Bekanntlich ist die Gemeinde Wolz die einzige Pommerellens, welche bis dahin ganz bedeutende Mengen Tabak produzierte. Obgleich sie im Kreise Graubenz liegt, gehörte sie

Der Oberförster war erichtlich ganz stolz auf seine Anlage zum Defektiv, doch Jrmischer goß ihm sofort Wasser in den Wein seiner Begeisterung. „Ja, wohl! Hier bin ich vor 'ner Dreiviertelstunde langgekommen!“

Argerlich köpfte Sauer mit seinem Eichenheiser eine Glodenblume. „Ja so — natürlich — daran dachte ich im Moment gar nicht, — na, dann wollen wir mal an den Tatort gehen, am Ende findet Rino doch noch etwas.“

Man konnte den Schauler schon von weitem liegen sehen, und der Schweißhund legte sich, sobald er Witterung bekam, straff in den Riemen. „Da! Schöne! Zu — urüd!“ Der Oberförster schlang den Riemen um einen Stamm. „So eine infame Gemeinheit! So eine verdammte Schweinerei!“ Dann beugte er sich nieder und untersuchte den Einschuß. „Der kann den Knall nicht gehört haben!“

Ranzsch nickte. „Ich habe mich auch schon gewundert, bei den beiden Keilern war es doch ebenso, wie abgezirkelt hoch Blatt, der Bump muß ne höllisch sichere Kugel schießen!“ „Und scheinbar Teilmantel — oder Dumdum-Geschö, sehen Sie bloß mal den Einschuß, das ist ja geradezu unglaublich, die halbe Lunge liegt daneben!“

Sauer richtete sich auf: „Ja, hier ist weiter nichts zu sehen, und der Schauler wird auch nicht mehr lebendig, Jrmischer! Kommen Sie doch mal her und fassen Sie mit an, wir können den Damhirsch bei der Bullenhitze unmöglich lange hier liegen lassen, am besten ist's, Sie fahren ihn gleich nach der Oberförsterei und brechen ihn auf, das Geräusch können Sie sich mitnehmen.“

Mit vereinten Kräften zerrten die drei Beamten das schwere, feiste Stück nach dem Wagen: „Eins! — Zwei! — Drei!“ — Hupp!“

„Na, Gott sei Dank, bei achtundzwanzig Grad Reaumur im Schatten ist so 'ne Pläzerei kein Vergnügen! Also, Jrmischer, fahren Sie immer los, wir fahren erst noch mal ganz genau alles ab.“

Der Oberförster nahm den Riemen kurz. „Such', Rino! — So, recht, mein Hund! Such' voran!“ Die Nase ganz tief auf dem Boden, trotzte der Schweißhund bedächtig dahin, machte ein paar Wärgänge, zog bald nach rechts, bald nach links, und äugte dann seinen Herrn mit den klugen, braunen Lichtern fragend an. „So, recht, voran! Such', mein Hund!“ Und plötzlich stante der Hirschrote, steckte den feuchten

Fang noch tiefer ins Moos — und im nächsten Moment sah Sauer ein mattes, metallisches Aufblitzen, einen kleinen, messingnen, zylinderförmigen Gegenstand, der halb verdeckt unter einem Koffkastanienblatt lag — er bückte sich und hielt eine Sekunde später die Hülse einer Kugelpatrone in der Hand!

Der Oberförster triumphierte: „Na, Ranzsch, sagte ich es nicht, daß Rino etwa finden würde! Wer hat nun recht? Und guden Sie bloß mal, das ist 'ne wahrhaftig 'ne Hülse aus 'ner Mauserpistole — natürlich, der infame Halunke hat einen Antedeschaf, damit schießt er dann ebenso sicher wie mit 'ner richtigen Büchse, nur daß das Ding handlicher und leicht zu transportieren ist.“

„Ja,“ der Revierförster roch an der Hülse, „ganz frisch abgeschossen, ich fürchte nur, der Fund wird uns auch nicht viel nützen.“

„O, das will ich nicht sagen, man könnte immerhin bei Büchsenmacher Werke in Leinungen nachfragen, ob jemand und wer solche Munition bezogen hat oder eine Mauserpistole besitzt, und man bekommt doch etwas heraus.“

Ranzsch nickte: „Ein Schritt weiter ist's immerhin, wäre es vielleicht nicht ganz angezeigt, mal im „Leininger Tageblatt“ zu inserieren und eine Belohnung von fünfzig oder hundert Mark für denjenigen auszuweisen, der über die Person des Wilderers nähere Angaben machen kann?“

„Um Gotteswillen!“ Sauer hob abwehrend die Hände. „Dadurch würde der Kerl nur gewarnt und noch vorsichtiger werden — nee, wenn ich das wollte, könnte ich es einfacher haben, aber darüber sprechen wir heute nachmittag beim Rapport.“

Der Oberförster sah auf die Armbanduhr auf seinem Handgelenk: „Nu hat man wieder den halben Vormittag verloren, na, gehen Sie nur erst mal nach Hause und schlafen Sie 'rum. Sie werden gewiß hundemüde sein, und die nächsten Tage dürften uns eine ganze Menge Arbeit bringen.“

„Ja, das fürchte ich auch, und wenn dann Durchlaucht erst kommt, gibt es bei Tag und Nacht keine Ruhe.“

„Leider!“ Sauer gab seinem Untergebenen die Hand. „Nützen wir also die wenigen dienstfreien Stunden, und vergessen Sie nicht, Weber Bescheid zu sagen — pünktlich um fünf Uhr! 'n Morgen, Ranzsch!“

„Guten Morgen, Herr Oberförster!“ (Fortsetzung folgt.)

Handel und Wirtschaft.

Geld.

Über zum Marienwerder Tabakbaugebiet. Die Lieferungen folgten nach Sehlina, wo zum Verladen besondere Vorrichtungen auf dem Bahnhofs getrocknet waren. Das Ladegeschäft ist überdacht, das auch bei Regenwetter beladen werden konnte. Der Tabakpreis war gewöhnlich derart, daß man für einen Zentner Tabak drei Zentner Roggen kaufen konnte. Da der Boden sich zum Roggenanbau wenig eignet, sind die Landwirte gezwungen, das ganze oder einen großen Teil des Bodens zu ankaufen. Bei dem heutigen Tabakpreis war es nur möglich, für einen Zentner Tabak einen oder sogar nur einen halben Zentner Roggen anzukaufen. Der Tabakbau wird dadurch unrentabel. Die meisten Landwirte haben den Tabakbau schon bedeutend eingeschränkt und sie tragen sich mit dem Gedanken, unter den jetzigen Verhältnissen denselben als unrentabel ganz einzustellen. Es kommt noch hinzu, daß sie gezwungen sind, den Tabak nach dem entferntesten Grauberg abzuliefern. Da der Tabak verhältnismäßig leicht ist, muß er auf Reiternwagen verladen werden, die mit Strohmatte ausgelegt sind. Außerdem erfordert der Tabakbau recht viel Arbeit, was bei den heutigen Arbeitslöhnen viel Ausgaben verursacht. Man will an Stelle des Tabaks wieder Nussplanken anbauen.

* Barzdrowa, 27. Juli. Dem Arbeiter Antoni Pilarzki wurden während der Arbeit aus dem Augus 150 000 M. gestohlen. Die Polizei stellte bald den Dieb in der Person des Arbeiterin Helena Niedzińska fest.

* Schwet, 31. Juli. Dieser Tage fanden Arbeiter, die mit Kornmähen beschäftigt waren, an dem von Wadowo nach Łusko führenden Wege im Getreide die Leiche eines etwa 20-jährigen Mädchens. Die dort bereits einige Wochen gelegen haben muß, denn sie war stark in Verwesung übergegangen. Aus der Art der Lage der Leiche und ihrer Beschaffenheit ist auf einen Mord aus erotischen Gründen zu schließen. Der Name der Ermordeten ist bekannt, wird aber im Interesse der Untersuchung der Sache vorerst geheim gehalten.

* Thorn, 31. Juli. Der Sejmik Powiatowy (Kreisrat) hat in seiner letzten Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt: Das Budget des Landkreises Thorn wird auf 2 384 289 475 M. festgelegt, die durch Einnahmen gedeckt sind. Gleichzeitig wurde dem Kreisrat die Vollmacht gegeben, das Budget in Zukunft nach 310 000 (polnischen Gulden) zu berechnen. Neben der eigentlichen Grundsteuer wird noch eine Kreis-Grundsteuer (sog. Lokalsteuer) erhoben, und zwar für jeden Hof- und Hühnerhof ein Pfennig, für jeden Garten- und Jagdgrund 5 Pfennig. — Für den weiteren Ausbau der elektrischen Überlandzentrale wurde die Aufnahme einer Zwangsanleihe in Höhe von 120 000 Pfennig beschlossen. Diese Zwangsanleihe wird unter sämtlichen Bewohnern des Landkreises verteilt und berechnet unter die Grund-, Gebäude- und Industriesteuer. Besitzer, deren Grundsteuer das Maximum von 10 M. nicht übersteigt, sind von dieser Zwangsanleihe frei, können aber solche freiwillig zeichnen. Die Zwangsanleihe wird nach zehn Jahren mit 6 Prozent, gerechnet ab 1. Oktober 1923, zurückgezahlt bzw. in die Steuern eingezahlt. — Beschlossen wurde ferner eine Steuer für die Benutzung öffentlicher Wege zum Transport von Dampfmaschinen (eine Art Chauffage). Auf öffentlichen Gemeindegewegen beträgt diese Steuer 1 Pfennig pro Kilometer, auf Chauffen 1/2 Pfennig jährlich. Die Gelder fließen in die betr. Gemeinde- oder Kreisverwaltungen, was sich nach der Angehörigkeit der Wege nach der einen oder anderen richtet. Außerdem ist der Dampfmaschinenbesitzer auch noch für etwaige Beschädigungen der Straßen und Chauffen haftbar. — Zur Deckung des Budgets beschloß man 400 000 Prozent von der Grundsteuer und 200 000 Prozent von der Kreis-Grundsteuer zu erheben. Die Gemeinden sind demnach verpflichtet, 200 000 Prozent Zuschlag zur eigentlichen Grundsteuer sowie die Kommunalsteuer gesondert zu erheben. — Die Thorn-er Handelskammer wählte zum Vorsitzenden den Buchdruckermeister Wujaschewski, zum stellvertretenden Vorsitzenden Herrn S. Sogomowski.

* Aus Hongkong und Ostindien. * Plastik Interakt. 29. Juli. In Plastik Interakti gab eine Mädel, namens Scharfstein, vierlinge, zwei Knaben und zwei Mädchen. Die beiden Knaben und das eine Mädchen sind wohl auf während das andere Mädchen kurz nach der Geburt starb. Auch die Mutter erkrankte sich der besten Gesundheit.

Für Briefmarkensammler.

Eine Viertelmarken-Rubel für eine Briefmarke. Das Postamt in Ostpreußen hat am 1. Mai d. J. etwa 1000 Stück „Postmarken“ in den Verkehr gebracht, die nur am 1. Mai benutzt werden dürfen. Für eine solche Postmarke, welche die Aufschrift: „Die Philatelie den Arbeitern. 1. Mai 1923“ trägt, wird zurzeit bereits eine Viertelmarken-Somjetrubel gegeben.

Deutschland. Dienstmarken: 400 Mark lilabrun, 500 Mark rot, kleines Ritzmuster mit schrägem, gerundetem Überdruck: „Dienst-Mark“ von links unten nach rechts oben.

Frankreich. Eine weitere Gedenkmarke Pasteurs ist zu melden: 10 Centimes dunkelgrün. Der Entwurf stammt von dem Gelehrten Bruchmann.

Irland. In Landkartenzeichnung ist zu melden: 4 Pence blau.

Estland. Neue Werte: 10 Santimi karmin, 20 Santimi dunkelblau.

Italien. Von der neuen Reihe liegen heute zwei höhere Werte vor: 50 Centu hellgrün, 60 Centu rot; Bild: Ruine mit aufsteigender Sonne. Alle Marken der neuen Serie haben die kleinen Waben (wie Danzig) als Wasserzeichen.

Österreich. Dienstmarken: 10 Francs schwarz, mit Aufschrift: „OFFICIAL“.

Memelgebiet. Nachtrag zur endgültigen Ausgabe: 300 Mark in ostbalt. 500 Mark in lila.

Rumänien. Farbenänderung: 80 Bani grün, 2 Lei rot.

Russland. Neue Ausgabemarken mit Aufdruck: Sowjet-Union und Wert sind erschienen: 30 Rubel auf 50 Kopelen braunlila-grün, 100 Rubel auf 15 Kopelen rotblau-dunkelblau, 200 Rubel auf 15 Kopelen rotbraun-dunkelblau. Es scheinen immer noch große Restbestände der alten russischen Ausgaben vorhanden zu sein. Von der neuen Serie lagen mir vor: 70 Rubel violett (Bild: Wäpse eines roten Soldaten) geschnitten; sowie in gleicher Zeichnung 100 Rubel rot, geschnitten.

Mozambique. Neue Werte, Farbenwechsel: 30 Centabos ultramarin auf rosa, gezähnt 15: 14 1/2, 60 Centabos blau, gezähnt 12: 12 1/2, 80 Centabos karofa, gezähnt 12: 12 1/2, 1 Escudo dunkelrot, gezähnt 15: 14 1/2.

Chile. Gedenkmarken des V. Panamerikanischen Kongresses: 2 Centabos rot, 4 Centabos braun, 10 Centabos blau-schwarz, 20 Centabos orange-schwarz, 40 Centabos dunkelviolett-schwarz, 1 Peso grün-schwarz, 2 Pesos orange-schwarz, 5 Pesos dunkelgrün-schwarz.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Anträge werden in unseren Spalten gegen Einzahlung der Verlagsgebühr unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Anfragen werden nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Kreuzelekt. beiliegt.)

* S. in St. Werden Sie sich bereit an das Warschauer Ministerium für militärische Angelegenheiten. (Ministerstwo woj-skowe, Warszawa). Haben Sie dort keinen Erfolg, wenden Sie sich an einen Sejmabgeordneten.

* D. in Posen. Sie gehören zu der Klasse der physischen Arbeiter. Der 14-tägige Urlaub besteht zu Recht. Sie gehören zur Klasse A.

* S. in S. Sie erhalten auch ein Visum für längere Zeit, wenn Sie einen begründeten Antrag stellen. Es ist besser, Sie lassen sich das Reisevisum gleich hier richtig ausstellen, schon der Kosten wegen. Sie dürfen 1 Million M. poln. mitnehmen. 3. Eine Befreiung für Ihre dritte Frage besteht nicht.

Handel.

Der lettlandische Holzexport befindet sich in starker Entwicklung. Wie aus Riga gemeldet wird, dürfte die Menge des Exportmittels in diesem Jahre wohl 170 000 Standard erreichen. Die Lieferungsabfertigung für Juli und August haben sich so günstig gestaltet, daß über die alten Vorräte fast völlig verfügt ist. Das Holzgeschäft war außerordentlich reger, sowohl auf der Duna, der Windischen und der Kurischen Na, wie auf der Dariau im Libauer Bezirk. Obwohl die Transporthöhe erst im Mai einzutreffen begann, zählte man bis Anfang Juni bereits 1763 Klöße mit 380 591 Balken aus Russland und 247 Klöße mit 76 038 Balken aus Polen. Die Zufuhr aus Russland ist noch sehr im Steigen begriffen, so daß der Rigaer Hafenbestand und die Klöße der Sägewerke fast überfüllt sind. 93 Gatter arbeiten dort ständig, davon 3 für Russland; doch werden voraussichtlich noch eine größere Zahl für Russland verpflichtet werden. Es ist bereits ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in der Holzbranche zu verzeichnen. Vorläufig sind die Preise für Rundholz noch einigermaßen stabil, doch ist mit der fortwährenden Belebung der Bautätigkeit eine Steigerung zu erwarten.

Verkehr.

Eisenbahnverkehr zu Leipziger Herbstmesse. Nützlich hat im Sitzungssaal des Hauptbahnhofs Leipzig auf Einladung der Reichsbahndirektion Halle eine Besprechung über den Eisenbahnverkehr zu diesjährigen Leipziger Herbstmesse (28. August bis 1. September) stattgefunden, an der u. a. Vertreter fast sämtlicher Reichsbahndirektionen, ferner der dänischen Staatseisenbahn, der niederländischen Eisenbahnverwaltung, des Prager Eisenbahnmuseum sowie des Leipziger Messamts teilnahmen. Es wurde in Aussicht genommen, den Verkehr etwa in den zur Frühjahrs-messe gewählten Bahnen zu regeln. Wie gewaltig dieser Verkehr war, ergibt sich daraus, daß zur Leipziger Frühjahrsmesse 709 Sonder-, Vor- und Nachzüge gefahren worden sind.

Industrie.

Falsche Aktien der polnischen Petroleumindustrie. Durch die Warschauer Kriminalpolizei wurden am Mittwoch in dem Banktonor von Weinkiper 225 Stück falsche Aktien dritter Emission der polnischen Petroleumindustrie festgestellt. Durch die polizeilichen Ermittlungen wurde festgestellt, daß diese falschen Aktien durch den Betriebsleiter Wacław Bobek aus der Buch-druckerei Budat hergestellt worden sind. 75 Stück dieser Aktien hat er an einzelne Händler verkauft, während er den Rest dem Weinkiper übergab.

Die polnische Zementindustrie besteht bekanntlich besonders günstige Bedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung, da das Land über reichliche Mengen der benötigten Rohstoffe verfügt. Schon vor dem Kriege wurden erhebliche Mengen Zement nach Rumänien, der Tschechoslowakei, Österreich, Deutschland und selbst nach Südamerika und Holländisch-Indien exportiert. Heute ist jedoch die Produktion um 50 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen, was auf die Kapitalknappheit fast aller polnischen Industriezweige zurückzuführen ist, nämlich den Mangel an Betriebskapital, außerdem aber auch auf die schon so lange währende Krise im Bauwesen. Zu Anfang dieses Jahres waren im ganzen 14 Zementfabriken im Betriebe, wovon 8 auf Kongresspolen, 4 auf Galizien, 2 auf Posen entfielen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter wird mit rund 2000 angegeben.

Zur Versorgung Polnisch-Oberschlesiens mit Grubenholz und anderen Holzarten sollen verschiedene Bahnprojekte, die schon seit längerer Zeit schweben, beschleunigt durchgeführt werden. Diesem Zweck wird namentlich die Strecke Lublitz-Herby dienen. Das ober-schlesische Grubengebiet ist bekanntlich schon immer auf die Einfuhr von Grubenholz aus anderen Gebieten angewiesen gewesen. Wenn entsprechende Verbindungen mit den polnischen Holzgebieten geschaffen sein werden, wird es nicht nur nicht mehr an Grubenholz, sondern auch Bauholz für die ausgedehnten Arbeiterkolonien, die in Oberschlesien geplant sind, fehlen. Dasselbe trifft für das Dom-bromauer Gebiet zu, wo ebenfalls der Bedarf an Grubenholz, wie auch die Wohnungsnot, sehr groß ist.

Von den Banken.

Angliederung der Generaldelegatur. Wie die „Gazeta Warszawska“ meldet, besteht im Finanzministerium die Absicht, der Angliederung der Generaldelegatur zur Kontrolle der Banken, in das Kreditdepartement des Ministeriums.

Die Polnische Bank, das ist die Bank der russischen Genossen-schaften, verfügt nach ihrem letzten Ausweis vom 30. Juni im ganzen über 1033 Millionen Rubel (Ausgabe 1922) gegenüber 968 Millionen am 30. April. Auf eigene Mittel entfallen 430 Millionen, auf fremde 603 Millionen, wovon 434 Millionen Rubel Einlagen sind. Das eingezahlte Vermögen betrug am 30. Juni 350 Millionen gegenüber 36 Millionen am 30. April. Der Reiner-gewinn des letzten Quartals wird mit 74 Millionen gegenüber 22 Millionen im vorausgegangenen Quartal angegeben. In die Genossenschaften waren am 30. Juni 891 Millionen ausgeliehen. Die Umsätze im Überweisungverkehr sind von 22 Millionen im April auf 140 Millionen im Juni gestiegen. Ein ähnliche Auf-wärtsbewegung zeigt der Kontokorrentverkehr. Die Kundschaft be-steht zu 75 Prozent aus Genossenschaften, 17 Prozent aus kom-munalen Einrichtungen und 8 Prozent aus Privatpersonen. Im Herbst soll eine erhebliche Vergrößerung des Aktienkapitals vor-genommen werden.

Von den Märkten.

Metalle. In Berlin notierten in Tausend M. deutsch: raff. Kupfer 240-260, Orig. Weichblei 125-135, Hüttenzinn im freien Handel 165-175, Zinnmet. 125-135, Zinkmet. auftral. und Straits 960-990, Güttingzinn 920-950, Reinmetall 600-610, Antimon Regulus 125-135, Silber im Barren 20 500-21 500.

In Warschau wurde gezahlt für 1 kg Isofabrikat in Plots (zum Tagesmarkt des Schweizer Franken) für rote Speise-gelatine 5%, weiße „000“ 6 l. 5. II. 4 1/2, III. 4, Gelatine für technische Zwecke 10 l. 2, Lederleim 2.

Wolle. In Posen wurde bezahlt im Einkauf: in Tausend Mtp.: I. 3750, II. 3850, III. 3950; im Verkauf: I. 3800, II. 3900, III. 4000.

Effektenmarkt in Warschau. Die Tendenz für Valuten un-geändert, nur geringer Verkehr. In Aktien ist die Tendenz kräftiger geworden. Von offiziellen Werten notiert (in Tausend Mtp.): Trzebiatka 260, Cegielski 170-185, Zielentowski 1450, Porist 180 bez., Polska Naja 125, Wacia Nobel 720 gef., Woborow 900 bez., S. B. Przemysl in Lemberg 72, Bank Malopolski 90 gef., Bank Zw. Spoket Jarob. 700, Bank dla Handlu i Przemyslu 290. Von inoffiziellen Werten wurden bekanntlich: Konobie 230, Brzozów 55, Nitrat 65, Wokomoty 200, Polski Klob 63-65, Wozita 20, Rancuz 70, Przemysl Korkowy 80-85, Opatowek 95, Nachlejd 70, Surt. Opal. 10-11, Janotyno 1900, Wazy ziemne 2600, Gurtownia Przemorst 12 500, Bierst 650.

Öle und Fette. In Danzig wurden gezahlt bei ruhiger Tendenz: Stosöl 50,75 fl., Reindöl 52,25 fl., Rauteröl 200 000 Mtp. Palmöl 41 Pf. Sterl.

Warschauer Vorbörse vom 3. August.

Deutsche Mark in Warschau..... 0,13
Dollars in Warschau..... 191 500
Englische Pfund in Warschau.... 913 000
Französischer Franken in Warschau 11 430
Schweizer Franken in Warschau.. 35 700

Kurze der Posener Börse.

| Bankaktien: | 3. August | 2. August |
|--|---------------|---------------|
| Amilecti, Potocci i Sta. I.-VII. Em. | 21 000-20 000 | 20 500-20 000 |
| Bank Przemyslowcow I. Em. o. R. | 22 000-23 000 | 20 000-23 000 |
| | | -22 000 |
| Bank Zw. Spoket Jarob. I.-X. Em. | 55 000 | 55 000 |
| Polst. Bank Handl., Poznan I.-VII. Em. | 22 000-23 000 | 18 500-21 000 |
| Pozn. Bank Kientian I.-V. Em. | 5900-6000 | 6000-5900 |
| Wielkop. Bank Polnicky I.-IV. Em. | 4000-5000 | 3000-3500 |
| Bank Wiharyz | 8000 | 7500-8000 |

| Industrieaktien: | 3. August | 2. August |
|--|-----------------|-----------------|
| Arcona I.-IV. Em. | — | 47 000 |
| Bydgoska Fabryka Wbyel I. Em. | — | 20 000 |
| S. Cegielski I.-IX. Em. | 15 000-14 000 | 15 000 |
| Centrala Rolnikow I.-IV. Em. | 6000 | 5800-6000-5900 |
| Centrala Stbr I.-IV. Em. (o. R.) | 35 000-32 000 | 35 000 |
| Garbarnia Sawicki Opalenica I. Em. | 42 000-45 000 | 42 000 |
| Gopiana I.-II. Em. | 29 000 | 29 000-28 500 |
| G. Hartwig I.-V. Em. | 8500-7000 | 9500-8500 |
| Gurtownia Drogerijna I.-III. Em. | 50 l. 0 | 5000 |
| Gurtownia Wiazowa I.-III. Em. | — | 9500 |
| Gurtownia Stbr I.-III. Em. | 36 000 | 36 000 |
| Wozit-Victoria I.-II. Em. o. R. | 70 000 | 75 000 |
| Gurt. Spoket Wozitow I.-II. Em. | — | — |
| Stka I.-III. Em. | 52 000-50 000 | 50 000 |
| Junio I.-II. Em. | 10 000 | 12 000-11 000 |
| Wozit, Fabryka przetw. Wozit. I.-IV. Em. | 1 000 000 | — |
| Dr. Roman Wozit I.-IV. Em. | 520 000-500 000 | — |
| Pneumatik o. Autaufst. u. o. R. | 70 0-6500 | 7000-6000 |
| Wozit I.-II. Em. (ohne Bezugsst.) | 28 000-25 000 | 23 000-27 000 |
| Papiernia Bydgoska I.-III. Em. | — | 19 000 |
| Pozn. Spoket Wozitow I.-VI. Em. (ohne Bezugsrecht) | 47 000-44 000 | — |
| Starogardzka Fabr. Wozit I. Em. | — | 28 000 |
| Tanania I.-IV. Em. | 50 000 | 50 000 |
| Unja (früher Wozit) I. u. II. Em. | 110 000-100 000 | 120 000-115 000 |
| Wagon Dytrowa I.-IV. Em. (ohne Bezugsrecht) | — | 80 000-70 000 |
| Wytownia Chemiczna I.-III. Em. | 9500-9000 | 10 000-8000 |
| | | -9500 |

Tendenz: fallend.

Amliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 3. August 1923.

| (Ohne Gewähr.) | |
|---|---|
| (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.) | |
| Roggen, alt . . . 320 000-350 000 | Roggenmehl 70% 500 000-550 000 (inkl. Sade) |
| Wintergerste . . 190 000-200 000 | Weizenkleie . . . 155 000 |
| Travergerte, alt . 280 000-290 000 | Roggenkleie . . . 155 000 |
| Hafer, alt . . . 470 000-500 000 | |

Tendenz für Roggen schwächer, im allgemeinen ruhig.

Posener Viehmarkt vom 3. August 1923.

| (Ohne Gewähr.) | |
|--|--|
| Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht. | |
| I. Rinder: I. Sorte 1 600 000 Mark, II. Sorte 1 380 000 Mark bis 1 400 000 M., III. Sorte 1 250 000-1 300 000 M. — Kalber: I. Sorte 1 700 000-1 800 000 M., II. Sorte 1 500 000-1 600 000 M. | |
| II. Schafe: I. Sorte 1 500 000-1 600 000 M., II. Sorte 1 200 000-1 300 000 M. | |
| III. Schweine: I. Sorte 2 700 000-3 800 000 M., II. Sorte 2 800 000-2 400 000 M., III. Sorte 1 900 000-2 000 000 M. | |
| Der Auftrieb betrug: 5 Ochsen, 45 Bullen, 36 Kälber, 153 Kalber, 653 Schweine, 239 Ferkel, das Paar 5000-6200 M., 48 Schafe, 24 Ziegen. — Tendenz: sehr lebhaft. | |

Danziger Mittagsskurze vom 3. August.

| | |
|-----------------------------------|-----------|
| Die polnische Mark in Danzig..... | 550 |
| Der Dollar in Danzig..... | 1 300 000 |

Warschauer Börse vom 2. August.

| Devisen: | |
|-----------------------------------|--------------------------------|
| Belgien 9910-9490 | Brag 6 200-5 850 |
| Berlin und Danzig . 0.18 1/2-0.18 | Schweiz . 35 600-37 780-35 980 |
| London 915000-910 000-920 000 | Wien 2.99-2.80 |
| Newyork 197000-210 000-200 000 | Italien 9 160-8 720 |
| Paris 12 180-11 750 | |

Hauptausstellung: Dr. Wilhelm Doewenthal (A. St. beurlaubt).
Verantwortlich: für Politik: Dr. Martin Weiser; für Stadt und Land: i. S. Robert Stura; für Handel und Wirtschaft: an den übrigen unpolitischen Teil: Robert Stura; für den Angehörigen: i. S. S. Storski. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Triolin Fussboden-Belag (Linoleum)

Fabrikat der Adm-Rollweil u. G., übertrifft in Haltbarkeit alle anderen Marken. Unempfindlich gegen Einwirkung von Wasser, Seifen-laugen und Säuren. Mein für die deutschen Reichs-bahnen ca. 400 000 Quadratmeter verlegt — Auf Wunsch wird Triolin von Berliner Fachleuten zu Tagespreisen verlegt. (8325)
Engroßlager S. Fels, Danzig, Unter-Schmiedegasse 10a. Fernsprecher 5820.

Kaufe Pianinos

u. zahle höchste Preise. Off. m. Preisangabe unt. G. 2755 an Wielkopolska Agencja Reklamy, Poznan, sw. Marcin Rt. 40.
Wir kaufen: Photographische, Landmesser- und optische Apparate, Feldstecher und sämtl. Prismengläser, Jagdgewehre, Brownings türk. Schals, Porzellan, Bilder, Münzsammlungen u. „Okazja“, ul. Wroclawska 20.